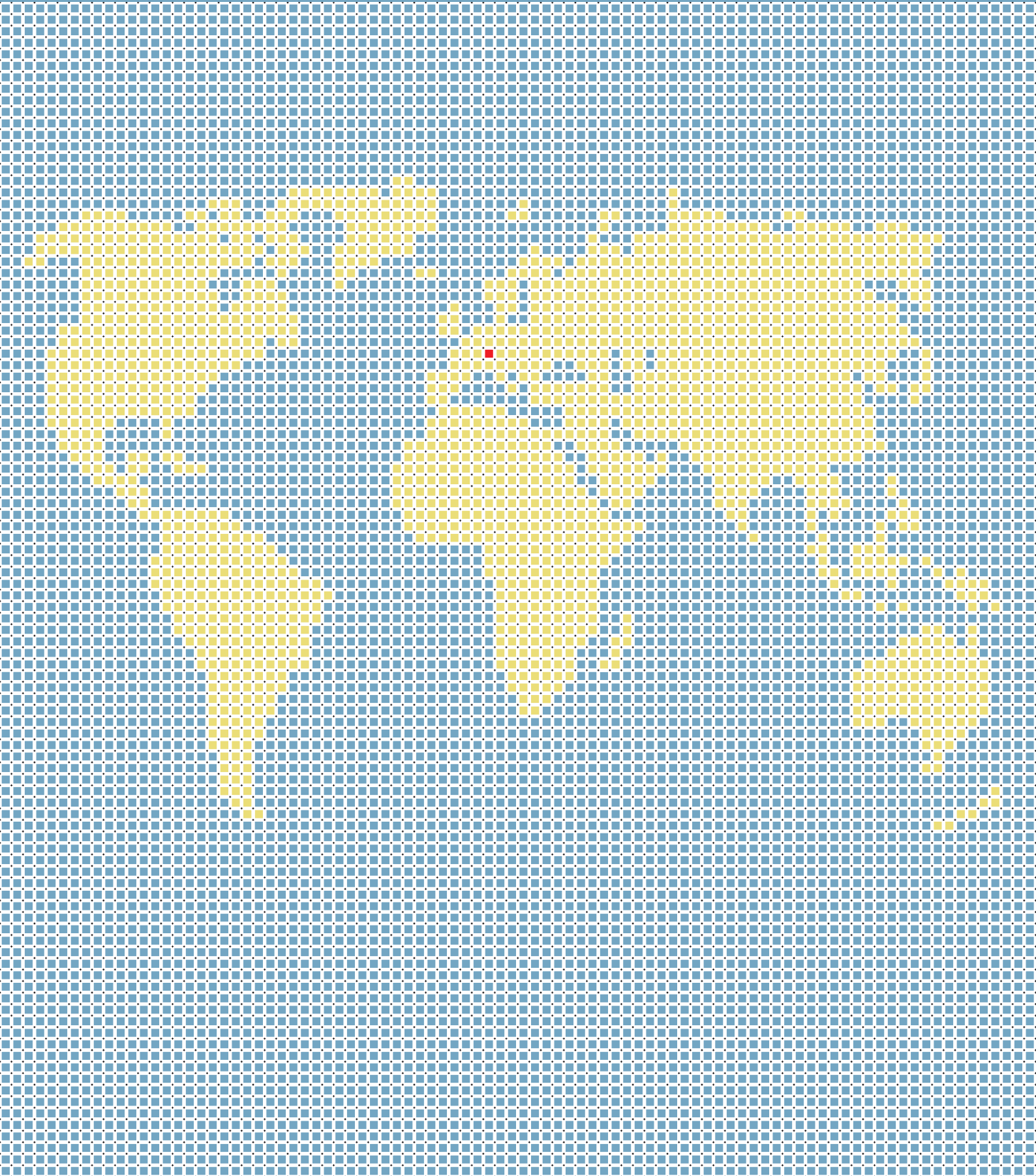


Die Schweiz in der Welt – die Welt in der Schweiz

Ein Arbeitspapier mit Grafiken
von Richard Gerster



Impressum

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA),
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA),
3003 Bern, Tel. 031 322 44 12, Fax 031 324 13 48

Internet: www.deza.admin.ch, E-mail: info@deza.admin.ch

«Die Schweiz in der Welt – die Welt in der Schweiz» wurde 2006
durch Gerster Consulting im Auftrag der DEZA erarbeitet.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Publikation liegt beim Autor
Richard Gerster und dieser reflektiert nicht notwendigerweise die Position der DEZA.

Der Autor verdankt die Mitarbeit von Franziska Pfister.

Kommentare willkommen: richard.gerster@gersterconsulting.ch.

Koordination: Catherine Vuffray, DEZA

Gestaltung: Laurent Cocchi, Lausanne

Fotos: Seite 6: Regina Kuehne/Keystone; Seite 7: Luca Zanier/Keystone;
Seite 8: Michael Reynolds/Keystone; Seite 9: Kim Ludbrook/Keystone;

Die Publikation ist in Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich.

Weitere Exemplare können bestellt werden bei: info@deza.admin.ch
oder Tel. 031 322 44 12.

Bern, Mai 2007

Vorwort

Mit der Globalisierung haben sich die grenzüberschreitenden Beziehungen der Regierungen, gesellschaftlichen Gruppen und wirtschaftlichen Akteure vervielfacht. Ganz unterschiedliche gesellschaftliche Akteure nehmen Einfluss auf die Aussen- und internationale Politik. Mittlerweile besitzen fast alle Politikfelder eine internationale, grenzüberschreitende Dimension und sind in internationale Prozesse eingebunden.

Die internationalen Beziehungen werden dichter und intensiver, fast wie ein Spinnwebgewebe. Der viel bemühte Fachbegriff dafür heisst Interdependenz und bedeutet Verflechtung, aber auch Verwundbarkeit durch externe Entwicklungen. Er bezeichnet nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern auch politische und kulturelle Wechselwirkungen, von den ökologischen Verwundbarkeiten ganz zu schweigen.

Die Liste der Probleme mit weltweiter Ausstrahlung wird immer länger, wie zum Beispiel die sozialen Gegensätze in der Weltgesellschaft, das Bevölkerungswachstum, der Migrationsdruck aus den Armutsregionen, der Klimawandel, der internationale Terrorismus, übertragbare Krankheiten oder die Instabilität der internationalen Finanzmärkte.

Die Globalisierung ist zu einem kontrovers diskutierten Thema der Tagespolitik geworden. In welche Richtung entwickeln sich Armut, Reichtum und die Einkommensverteilung in der immer enger vernetzten Welt? In Politik und Gesellschaft wächst das Verständnis dafür, dass sich Veränderungen in Weltpolitik und Weltwirtschaft sowie internationale Krisen nicht irgendwo «weit weg» abspielen, sondern die Zukunftsperspektiven der Schweiz und Europas betreffen. Die strikte Trennung von «drinnen» und «draussen» ist schwerlich möglich.

Spuren der Schweiz in der Welt und der Welt in der Schweiz. Die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sollen auf die Herausforderungen, denen sich die Schweiz vor Ort und auch global stellen muss, antworten. Ein international stark vernetztes Land wie die Schweiz hat viele Chancen zur Mitgestaltung der Globalisierung.

Die Analyse vermittelt ein differenziertes Bild über die Spuren der Schweiz in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und internationaler Zusammenarbeit. Sie zeigt ein vielschichtiges Bild der Beziehungen und Wechselwirkungen unseres Landes und der Welt.

Walter Fust
Direktor der DEZA

Einleitung und Übersicht

«Die Schweiz in der Welt – die Welt in der Schweiz» ist eine Suche nach Spuren der Schweiz in der Welt und der Welt in der Schweiz. Unter der Lupe sind Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Zusammenarbeit. Die Broschüre vermittelt auf anschauliche, exemplarische Art Einsichten in Stärken und Schwächen der Schweiz im Nord-Süd-Kontext. Daraus ergeben sich Herausforderungen und Handlungsbedarf: Die Probleme lassen sich nicht mehr im Alleingang lösen. Zusammenarbeit wird zentral. Eine summarische Übersicht über die 20 Infografiken soll den Zugang zu den einzelnen Themen erleichtern.

Die Welt ist ein Dorf. Wir sind ein Teil davon, online und haben Zugriff zu Text, Ton und Bild rund um den Globus, rund um die Uhr. Die Massenmedien bringen Ereignisse aus Mumbai, Ougadougou und Lima in unser Wohnzimmer. Im Supermarkt nehmen wir die Herkunft der Produkte aus aller Welt kaum mehr wahr. Fälle von Vogelgrippe in Asien beunruhigen, weil sie morgen bei uns auftauchen könnten. Es ist billiger, in Tunesien die Ferien zu verbringen als im Engadin. Die Globalisierung unseres Alltags ist so ausgeprägt wie nie zuvor.

Auch die Politik hat sich internationalisiert. Die Aussenpolitik ist kein Stiefkind der öffentlichen Debatte mehr. Sie spiegelt die Tatsache, dass sich immer mehr unserer Probleme in der Schweiz nur noch mit internationaler Zusammenarbeit lösen lassen. Die Zahl der grenzüberschreitenden Abkommen, die in der Schweiz in Kraft sind, hat rasch und deutlich zugenommen. Waren es 1990 noch 63 bilaterale und multilaterale Verträge, listet die Direktion für Völkerrecht für das Jahr 2005 128 Abkommen auf. Sind Politik und Verwaltung in der Schweiz gerüstet, um mit diesem Globalisierungsschub umzugehen?

Die Entwicklungszusammenarbeit und -politik der Schweiz stehen im grösseren Zusammenhang der gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich die Schweiz lokal und global stellen muss. Mit der weltweiten Konkurrenz um Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Produktionsstandorte hat sich die Wahrnehmung von Asien, Afrika und Lateinamerika massiv verändert. Die Entwicklungszusammenarbeit wird nicht nur von der Stellung der Schweiz in der Welt, sondern auch dem internen politischen System geprägt:

- Als Kleinstaat hat die Schweiz ein elementares Interesse an internationaler Zusammenarbeit, daran, dass Recht vor Macht geht. Somit gibt es ein ausgeprägtes Interesse an klaren Spielregeln in der Weltwirtschaft – so wie auch die wirtschaftlich oder politisch schwachen Länder des Südens und Ostens darauf angewiesen sind.

- Die Schweiz befindet sich geografisch mitten in Europa und steht doch ausserhalb der Europäischen Union (EU). Die faktische Abhängigkeit von der EU und der Wunsch nach Marktzugang schränken den wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielraum stark ein. Im Spannungsfeld der Beziehungen mit der EU stehen der Finanzplatz, die Landwirtschafts- und die Migrationspolitik.
- Als weltwirtschaftlicher Spitzenreiter tritt die Schweiz für Liberalisierung und Marktwirtschaft ein, aber mit signifikanten Ausnahmen (z. B. Landwirtschaft, geistiges Eigentum). Spannungsfelder mit entwicklungspolitischen Forderungen entstehen aufgrund dieser Ausnahmen, aber auch, wenn die Schweiz unbesehen der entwicklungspolitischen Folgen die Öffnung der Süd-Märkte verfolgt.
- Aufgrund der schweizerischen Geschichte und des politischen Systems werden Macht und Einfluss des Staates begrenzt und die private Initiative hochgehalten. So ist der Ausbau der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit nicht nur mit finanziellen, sondern auch weltanschaulichen Hürden konfrontiert.
- Die politische Mechanik der Schweiz ist geprägt von direkten Volksrechten mit weitreichenden Initiativ- und Referendumsmöglichkeiten. Ohne Abstützung beim Volk nützen Regierungs- und sogar Parlamentsentscheide wenig. Hinsichtlich des Ausbaus der EZA sind die Volksrechte nicht nur Barrieren, sie bieten auch Chancen der Mitgestaltung und Information.



Die Volksmeinung – Basis der Politik

10

Die Volksmeinung bestimmt den Spielraum der Politik, in der halbdirekten Demokratie in ausgeprägter Form. Ausgewählte Elemente aus der 2004-Umfrage zeigen die unvermindert breite Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zur Entwicklungszusammenarbeit, die breite Zustimmung in Politikfeldern über die EZA hinaus, sie zeigen aber auch Verunsicherungen und Spannungsfelder – die Herausforderungen in Zukunft.

Standort Schweiz: Stärken und Schwächen

12

Punkto Fläche und Bevölkerung ist die Schweiz klein, weltwirtschaftlich aber bedeutend, namentlich bezüglich Handel und Finanzen. Die Relevanz auch der EZA ist unbestritten, aber matchentscheidend ist unter diesen Umständen die Kohärenz der Politik. Schwachstellen fördert ein internationaler Vergleich zu Tage. Kohärenz ist eine wichtige Forderung der OECD an die Schweiz. Deren Umsetzung braucht angesichts der Stärken und Schwächen des schweizerischen Weges Zeit und eine breite Abstützung im Volk.

Finanzieller Ausgleich, sozialer Zusammenhalt

14

Die Schweiz ist nicht nur ein wohlhabendes Land. Es gibt auch grosse regionale Unterschiede. Mit dem Finanzausgleich sollen die Lebenschancen der Bevölkerung wirtschaftlich schwächerer Gebiete verbessert und der soziale Zusammenhalt gefördert werden. Parallelen zur globalen Ebene sind unübersehbar. Chancengleichheit ist auch in Asien, Afrika und Lateinamerika ein Nährboden für Frieden und Sicherheit.

Auf dem Weg zum Bruttosozialglück

16

Lebensqualität ist mehr als Geld. Neben dem Einkommen spielen Gesundheit oder Bildung eine ebenso wichtige Rolle. Ein Vergleich des indischen Kerala, von Kalifornien und des Kantons Zürich zeigt, dass auch bei niedrigem Volkseinkommen eine hohe Lebensqualität erreichbar ist. Die Erfolge von Kerala sind eine frohe Botschaft in der Diskussion um die Millennium-Entwicklungsziele.

Globalisierung im «Land der Würde»

18

Auch die ärmsten Länder der Welt sind mit den Herausforderungen der Globalisierung konfrontiert. Steigende Kosten der Öleinfuhren, geringe Erträge beim Baumwolllexport, Abhängigkeit von internationaler Hilfe führen dazu, dass die Politik eines Landes wie Burkina Faso immer mehr auch in Washington und Paris gemacht wird. Das spiegelt sich im Arbeitstag des Finanzministers.

Wirtschaft



Globalisierung der Schweizer Wirtschaft

20

Die Schweizer Wirtschaft wächst – besonders im Ausland. Die Schweizer Arbeitslosigkeit ist vor allem bei der Jugend für lokale Verhältnisse bedeutend. Die Zunahme internationaler Sachzwänge auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene hat auch ein Gefühl der Entmündigung zur Folge. Zusammen mit der Arbeitslosigkeit erzeugt das Sorgen in der Bevölkerung – obschon die Schweiz klar zu den Gewinnern der Globalisierung gehört.

Wohlstandsmotor Welthandel

22

Der Welthandel ist ein Wohlstandsmotor – für die Schweiz. Damit er auch in den Entwicklungs- und Transitionsländern maximal Arbeitsplätze und Verdienst schafft, sollte die Schweiz ihre Handelsbeziehungen gleichgewichtiger gestalten. Gezielte Importförderung aus dem Süden und Osten ist wichtig. Im «Fair Trade» ist die Schweiz zwar Weltmeister, doch ist der faire Handel mit expliziter Rücksicht auf Mensch und Natur noch immer eine Fussnote im Vergleich zum konventionellen Handel. An Reformen («Entwicklungsrunde») der Handelspolitik führt kein Weg vorbei.

Finanzplatz: Matchentscheidende Spielregeln

24

Der Finanzplatz Schweiz ist eine Drehscheibe für Kapital aus aller Welt, auch dem Süden und Osten. Er schafft Wohlstand – für uns. Entscheidend für einen positiven Entwicklungsbeitrag sind die Spielregeln. Die Schweiz steht nicht mit leeren Händen da, aber es gibt wichtige Schwachstellen. Dass bei Steuerhinterziehung keine internationale Rechtshilfe geleistet wird, ist eine entwicklungspolitische Herausforderung.

Direktinvestitionen – ein Patentrezept?

26

Die Schweizer Wirtschaft zählt zu den grossen Direktinvestoren der Welt. Doch diese konzentrieren sich auf wenige Länder. Vor allem gehen sie an den ärmsten Ländern vorbei. Afrika verzeichnet gar Desinvestition und Nettorückflüsse in die Schweiz. Direktinvestitionen sind kein Ersatz für Entwicklungszusammenarbeit. Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und Privaten sollen privates Kapital zugunsten der Entwicklung mobilisieren.

Globalisierung der Genügsamkeit

28

Seit Jahrhunderten kauft die Schweiz Nahrungsmittel im Ausland ein, weil die Bevölkerung nicht ernährt werden kann. Allein dank den Agrarimporten aus Entwicklungsländern wird die offene Ackerfläche weit mehr als verdoppelt. Ökologisch leben die Schweizerinnen und Schweizer auf zu grossem Fuss – sie verbrauchen mehr Ressourcen, als ihnen zusteht. In Sachen Nachhaltigkeit sind die reichen Länder Teil des Problems, nicht die Lösung.



Unterwegs zur Informationsgesellschaft

30

Das Entwicklungs-Potenzial von Information und Kommunikation ist riesig und dessen Nutzung steht noch am Anfang. Die Erfahrungen der Schweiz beim Umgang mit dem eigenen digitalen Graben zwischen den Regionen, Geschlechtern und Generationen zeigen, dass es ohne gezielte Überbrückungsmassnahmen nicht geht. So betreibt die Schweiz eine mobilisierende Rolle zugunsten der IKT im Dienste der Armutsbekämpfung auf multilateraler Ebene und wendet sie quer durch das bilaterale EZA-Programm an.

Multikulturelle Schweiz

32

Der Anteil von Ausländern an der Wohnbevölkerung beträgt über 20 Prozent. Das prägt den Alltag und kann den Verlust des traditionellen Heimatverständnisses zur Folge haben. Die Diskussion über Gewalt und Ausländer zeugt davon und führt gar gemäss der Kritik des Europarats zu einer Gefährdung von Grundfreiheiten von Asylbewerbern. Der hohe Ausländeranteil erfordert von beiden Seiten, auch von der schweizerischen Bevölkerung, gewaltige Integrationsleistungen, zum Beispiel in den Schulen.

Hürdenlauf Einbürgerung

34

Der hohe Anteil von Ausländern in der Schweiz hat auch mit dem komplexen Einbürgerungsverfahren zu tun. Viele der Ausländerinnen und Ausländer sind hier geboren oder seit Jahrzehnten in der Schweiz. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Anforderungen für eine Einbürgerung besonders hoch sind und die Einbürgerungsquote niedrig ist.

Kultur zwischen Kommerz und Kunst

36

Der Weltmarkt für Unterhaltungskultur wird von wenigen Konzernen und Ländern beherrscht. Die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt verhindert, dass Subventionen an die Produktion von Kulturgütern als wettbewerbsverzerrend verboten werden. Denn Kultur ist mehr als ein Handelsgut. In unseren Kinos ist Schweizer Filmchaffen ebenso randständig wie jenes aus dem Süden.

Forschungsnetzwerk für Entwicklung

38

Die Nord-Süd-Kluft wird in der wissenschaftlichen Forschung besonders deutlich. Doch Bildung und Forschung sind je länger je mehr ein Schlüssel für Entwicklung. Im Forschungsschwerpunkt Nord-Süd arbeiten schweizerische Universitäten und Institute gemeinsam mit Partnerinstitutionen in Afrika, Asien und Lateinamerika an Lösungen für Entwicklungsfragen.

Zusammenarbeit



Von den Kleinen lernen

40

Eine optimale Staatsgrösse gibt es wohl nicht. Kleinstaaten sind jedoch zum Erfolg verdammt. Sie dienen als Labors für Innovationen. Zum Beispiel sind die schweizerischen Erfahrungen mit Föderalismus und Volksrechten von internationalem Interesse. Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und -gebern ist in der Entwicklungszusammenarbeit zum Exportartikel geworden.

Vertrauen ist gut, Kontrolle auch

42

In der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen Geber vermehrt die Staatsbudgets von Partnerländern in Afrika, basierend auf Vertrauen und Kontrollen. Zum Beispiel macht dies die Schweiz in Mosambik. Trotz der Budgethilfe stehen dem Staat von Mosambik weniger als 100 Franken pro Kopf und Jahr zur Verfügung. In der Schweiz sind es über 18000 Franken.

Die Transfers der Diaspora

44

Migration hat Schattenseiten («Brain Drain») und Sonnenseiten («Brain Gain»). Dazu zählen die Überweisungen von Emigranten, die zur zweitwichtigsten Finanzierungsquelle der Entwicklungsländer geworden sind, weit vor der Entwicklungshilfe. Ausländer in der Schweiz überweisen mehr als 10 Milliarden Franken jährlich in ihre Heimat – Helvetia ist Nummer vier weltweit.

Verdoppelung der Hilfe, Halbierung der Armut

46

Um die Armut bis 2015 zu halbieren und die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen, sind zusätzliche Finanzmittel erforderlich. Abgaben auf Energieträgern, Finanztransaktionen oder der Informationsgesellschaft werden diskutiert. Am weitesten fortgeschritten ist eine Abgabe auf Flugtickets, die Frankreich 2006 eingeführt hat («Taxe Chirac»). Ob die Schweiz mitzieht, scheint fraglich.

Gastgeber Schweiz

48

Die Disponibilität und Gastgeber-Dienstleistungen der Schweiz sind etablierter Teil der schweizerischen Aussenpolitik. Insbesondere Genf spielt eine ausgeprägte Rolle als Denkplatz und Drehscheibe. Derartige Leistungen für die Staaten und die Nichtregierungsorganisationen ergänzen die EZA im engeren Sinn. Sie prägen aber auch den guten Ruf der Schweiz, die ihre Stärken in den Dienst einer sich wandelnden Welt stellt.

Die Volksmeinung – Basis der Politik

Alliance Sud (Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas/Heks) und die DEZA geben seit 1984 alle fünf Jahre – letztmals 2004 – eine repräsentative Meinungsumfrage in Auftrag. Die aktuelle Befindlichkeit, welche die Spielräume der Politik bestimmt, kann so in längerfristiger Perspektive beurteilt werden. Der Informationsstand der Bevölkerung zu Nord-Süd-Fragen hat sich markant verbessert: 1984 fühlten sich 39 Prozent gerade richtig über die Entwicklungsländer informiert; 2004 sind es 50 Prozent. «Das Bewusstsein für Probleme und die Komplexität der Entwicklungspolitik mit Fokus auf Globalisierung und Konfliktursachen ist unter Stimmberechtigten steigend und verunsichert», heisst es in der Synthese der Meinungsforscher. Die problematischen Aspekte der Globalisierung genauso wie Konflikaspekte sind 2004 präsenter als früher, doch bleibt den Befragten der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) angesichts globaler Herausforderungen unklar. Trotzdem ist die grundsätzliche Solidarität der Stimmberechtigten nach wie vor vorhanden.

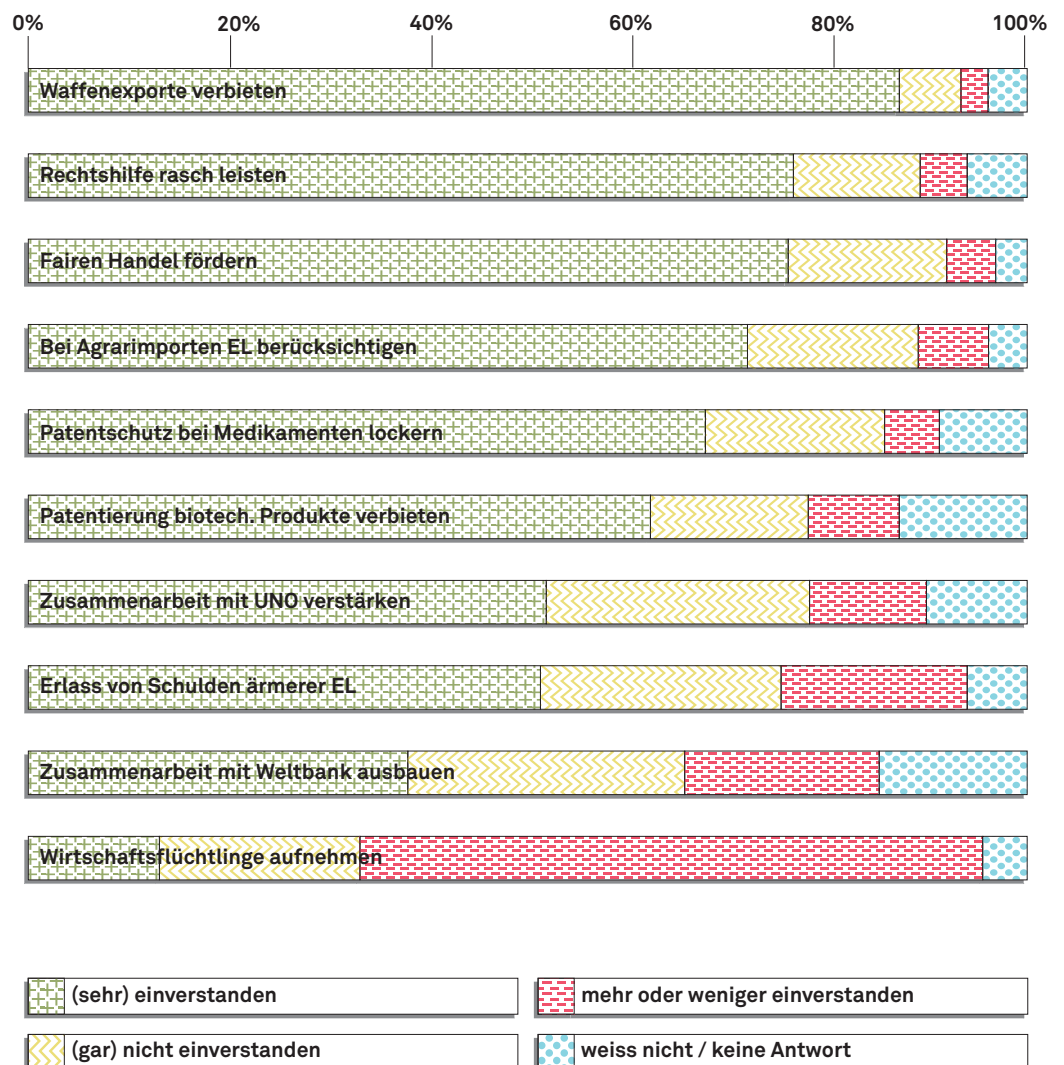
Die staatlichen Akteure der EZA sind deutlich bekannter geworden. Diese Wahrnehmung hat ihren Preis: DEZA/SECO sind der zunehmend kritischeren Einschätzung der Rolle des Staates und dem anhaltenden Spardruck vermehrt ausgesetzt. Die Entwicklungspolitik spiegelt so vermehrt die innenpolitische Polarisierung. Während 1984 36 Prozent der Bevölkerung die Entwicklungshilfe erhöhen wollten, sind es 2004 noch 22 Prozent. Gleichzeitig will eine wachsende Minderheit von 21 Prozent die Entwicklungshilfe verringern, 1984 waren es erst 8 Prozent gewesen. Diese Trends – einer sehr aktiven Informationsarbeit zum Trotz – beunruhigen. Allerdings: Während 1984 40 Prozent die Entwicklungshilfe gleich hoch lassen wollten, sind es 20 Jahre später 53 Prozent. Die internationale Zusammenarbeit ist somit breit abgestützt. Eine Mehrheit überschätzt gar den absoluten Beitrag massiv.

Den staatlichen und privaten Akteuren in der EZA wird Professionalität attestiert. Im Vergleich zur bilateralen Zusammenarbeit (Zustimmung 78 Prozent) wird das multilaterale Engagement als weniger wirksam eingeschätzt, wobei die UNO (61 Prozent) klar vor der Weltbank (36 Prozent) rangiert. Die NGOs gelten als unkomplizierter, weniger bürokratisch und als im Sinne der Armen handelnd. Bemerkenswert ist die Veränderung auch beim Image von Schweizer Firmen. Handel und Investitionen in Entwicklungsländern werden heute positiver eingestuft. Unbehagen und Kritik an der Globalisierung fokussieren weniger auf nationale Akteure, sondern sind international ausgerichtet. Auch die Entwicklungsländer selber werden als aktiver und als potenzielle Konkurrenz wahrgenommen. Diese neuen Weltbilder dürften eine entscheidende Rolle bei der künftigen Unterstützung der Entwicklungshilfe durch das Volk spielen.

Die Globalisierung verunsichert. Welche Rolle für die Entwicklungshilfe?

Ausbau der Entwicklungspolitik: Welche Akzeptanz?

Die öffentliche Meinung ist ein zentrales Element in jeder Demokratie. In der Schweiz kommt diese nicht nur in Wahlen, sondern auch in Volksabstimmungen zu Gesetzen, Krediten, etc. auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene mehrmals jährlich zum Ausdruck. In Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit wird die öffentliche Meinung in der Schweiz durch den «Entwicklungshilfe-Monitor» beobachtet. Die Ergebnisse von 2004 zeigen, dass die entwicklungspolitischen Handlungsmöglichkeiten differenziert wahrgenommen werden:



Quellen: gfs, Fairer Handel als Antwort auf eine steigende Verunsicherung gegenüber globalen Entwicklungen, Bericht zum Entwicklungshilfemonitor, im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks und der DEZA, <http://www.soziotrends.ch/migration/entwicklungshilfemonitor.php>

Standort Schweiz: Stärken und Schwächen

Die Schweiz ist ein Kleinstaat. Flächenmässig belegt die Schweiz Rang 144 aller Nationen, bei der Bevölkerung steht sie an 93. Stelle. Betreffend Wohlstand hingegen – gemessen am Bruttoinlandprodukt (GDP) mit 33800 US-Dollar pro Kopf von 2004 – liegt die Schweiz kaufkraftbereinigt in der Spitzengruppe auf Platz 10 von 232 Ländern und Territorien. Das ist ein Resultat hoher Produktivität, nicht langer Arbeitszeiten. Denn Zürich belegt mit durchschnittlich 1872 Arbeitsstunden pro Jahr nur Platz 36 von 70 Weltstädten, weit hinter Hongkong mit 2398 Stunden und den meisten Schwellen- und Entwicklungsländern. Allerdings wird in der Schweiz länger gearbeitet als in vielen Industrienationen. Mit einem Nettostundenlohn von 19,30 USD liegt Zürich auf der Lohnskala weltweit an der Spitze.

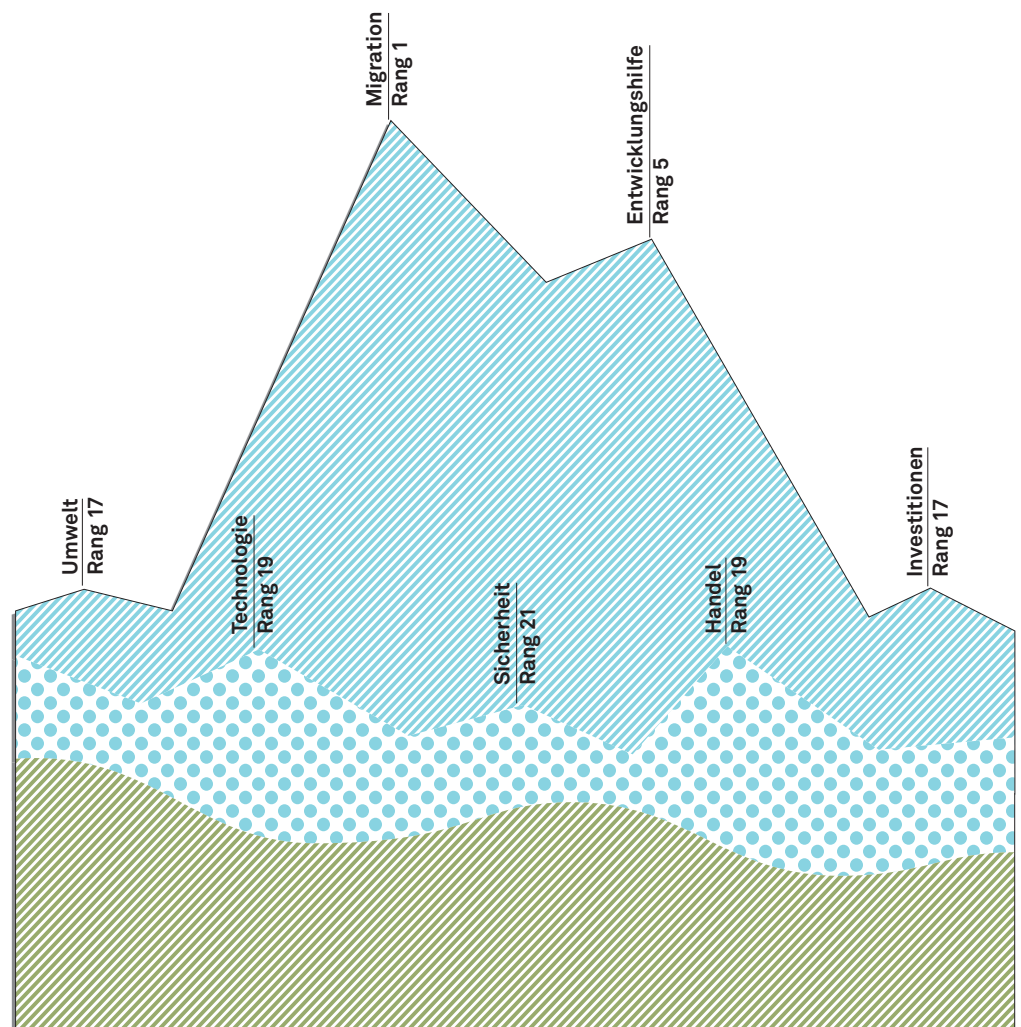
Gemessen am Grad der wirtschaftlichen Globalisierung belegt die Schweiz weltweit Rang 2 von insgesamt 62 Nationen, hinter Singapur, noch vor den USA, Irland, Dänemark und Kanada. Der A.T. Kearney/Foreign Policy Index 2006 der Globalisierung vergleicht die Nationen aufgrund ihrer wirtschaftlichen, personellen, technischen und politischen Integration. Die Schweiz ist bei den personellen Kontakten, der wirtschaftlichen Integration und der technischen Verbundenheit unter den ersten zehn, auf der personellen Ebene (Tourismus, Telefonverkehr, Geldüberweisungen) gar Weltspitze. In völligem Kontrast dazu belegt die Schweiz jedoch bei der politischen Dimension der Globalisierung nur Platz 23. Diese wird gemessen an der Ratifizierung internationaler Abkommen, der Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen, dem Engagement in Friedensmissionen der UNO, und der öffentlichen Entwicklungshilfe. Deren Volumen bleibt im Hinblick auf den Beitrag der Schweiz zu den Millennium-Entwicklungszielen ein Feld mit Nachholbedarf.

Die Schweizer Bevölkerung hat gegenüber der Globalisierung eine ambivalente Haltung. Im Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit von 51 Nationen aus Nord und Süd, West und Ost, des Internationalen Instituts für Management-Entwicklung (IMD) in Lausanne kommt die Schweiz diesbezüglich nur ins Mittelfeld (Rang 24 von 51 Ländern) – in Kontrast zur global vernetzten Volkswirtschaft. Das IMD attestiert der Schweiz ausgeprägte Stärken beim Schutz des geistigen Eigentums (Platz 1), und bei den Sprachkenntnissen entsprechend den Bedürfnissen der Unternehmen (Rang 2). Schwachstellen hingegen diagnostiziert es z. B. bei einer sich ausländischem Einfluss verschliessenden Kultur (Platz 42), und Einwanderungsgesetzen, welche die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern behindern (Platz 23). Diese Stärke-Schwächen-Analyse gibt Hinweise für Handlungsbedarf über Fragen der Entwicklungszusammenarbeit hinaus.

Bezüglich Globalisierung ist die Schweizer Bevölkerung ambivalent.

Rangfolge der Reichen

Die schweizerischen Löhne sind Weltspitze. Die Schweiz verdient einen von zwei Franken im Ausland. Sie verwaltet rund einen Drittel der weltweit im Ausland verwalteten Vermögen. Ein Land in dieser exponierten Lage hat auch eine grosse (Mit-)Verantwortung für das Wohlergehen der Schwächeren. Das unabhängige «Center for Global Development» hat eine Rangfolge der wohlhabenden Länder erstellt, gemessen an den Entwicklungswirkungen ihrer Politik. Die Schweiz rangiert auf Platz 13 von 21 Ländern. In Sachen Migration gilt sie zwar als Muster-schüler. Bei der Entwicklungszusammenarbeit ist sie noch im vorderen Mittelfeld. Doch in den Politikfeldern der Sicherheits-, Handels-, Technologie-, Umwelt- und Investitionspolitik sind die Schweizer Leistungen weit unterdurchschnittlich. Das signalisiert Handlungsbedarf, wenn auch methodische Schwächen nicht zu übersehen sind:



Finanzieller Ausgleich, sozialer Zusammenhalt

Die Schweiz zählt zu den reichsten Ländern der Welt. Trotzdem gibt es grosse wirtschaftliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gemeinden, Regionen, und Kantonen. So belief sich im Jahre 2004 das Volkseinkommen des Kantons Zürich auf rund 67000 Franken pro Kopf, während es im Kanton Jura lediglich rund 39000 Franken betrug.

In der Schweiz wurden verschiedene Instrumente geschaffen, um benachteiligte Regionen zu unterstützen. So fliessen Gelder vom Bund in die Kantone. Es sind dies v. a. Subventionen für Landwirtschaft und Verkehr. Des Weiteren vergibt der Bund Investitionshilfen. Durch den horizontalen Finanzausgleich fliessen Gelder aber auch von den reicheren in die ärmeren Kantone. Mit diesen Instrumenten wird einerseits ein gewisser wirtschaftlicher Ausgleich zwischen den Regionen angestrebt. Andererseits soll einer Abwanderung der Bevölkerung von der Peripherie in die Zentren vorgebeugt werden. Zudem berücksichtigt der Ausgleich die Sonderlasten, die einzelne Kantone aufgrund ihrer geografischen Lage zu tragen haben. So müssen Berggebiete ihre Anwohner beispielsweise vor Lawinen und Hochwasser schützen. Auch Subventionen für den Verkehr sind für sie von grösster Wichtigkeit. Eine wirtschaftliche Entwicklung der Randregionen ist ohne Anschluss an das Verkehrsnetz kaum möglich. Jedoch fehlen ihnen meist die finanziellen Mittel, diesen Anschluss selber zu berappen.

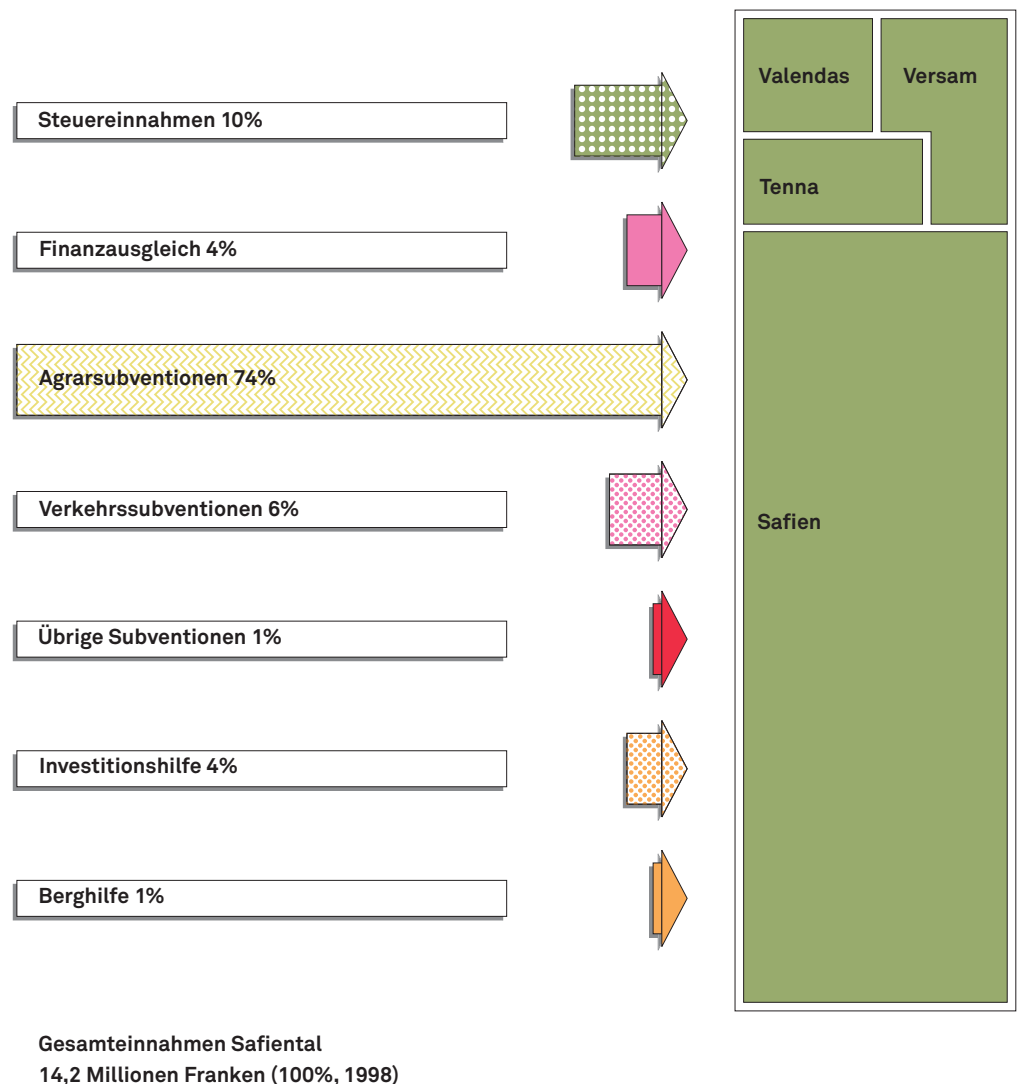
Die Lebensqualität der Bevölkerung der Empfängerregionen hängt zu einem grossen Teil von diesen finanziellen Zuschüssen ab. Ohne diese hätten die finanzschwächeren Kantone und Gemeinden Mühe, auch nur die notwendigsten Aufgaben zu erfüllen. Die Bundesleistungen, einschliesslich Finanzausgleich, machen für manchen Kanton einen wesentlichen Teil seiner Gesamteinnahmen aus: 1998 betrug die Bundeseinnahmen im Kanton Graubünden knapp 50 Prozent und im Kanton Wallis 40 Prozent seiner gesamten Einnahmen. Nutzen daraus zieht die gesamte Schweiz, erbringen die Rand- und insbesondere die Bergregionen doch auch Leistungen von nationalem Interesse. Die Berggebiete liefern mit der Wasserkraft einen Grossteil der erneuerbaren Energie. Sie sind Erholungsgebiet und Freizeitpark der Zentren und ziehen einen Grossteil der Schweizer und der ausländischen Touristen an. Die Berggebiete leiden zudem überproportional unter der starken Belastung der Transitachsen wie z. B. dem Gotthard.

Eine föderalistische Nation wie die Schweiz ist auf ein funktionierendes Ausgleichssystem angewiesen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten und auf Chancengleichheit für alle hinzuwirken. Parallelen zu wirtschaftlich schwachen Regionen auf der globalen Ebene sind unübersehbar. Chancengleichheit ist auch in Afrika, Asien und Lateinamerika ein Nährboden für Frieden und Sicherheit.

Chancengleichheit ist ein Nährboden für Frieden und Sicherheit.

«Entwicklungshilfe» für das Safiental

In strukturschwachen Regionen des Schweizerischen Alpenraums stammt ein wichtiger Teil der Gemeinde-Einnahmen aus Subventionen und Finanzausgleich. Das Safiental im Kanton Graubünden umfasst die Gemeinden Safien, Tenna, Versam und Valendas. Die Steuereinnahmen der vier Gemeinden betragen lediglich einen Zehntel der Geldflüsse durch Subventionen, den Finanzausgleich und übrige Hilfeleistungen. Besonders hoch sind die landwirtschaftlichen Subventionen, da 44 Prozent der Bewohner des Safientals in der Landwirtschaft arbeiten. Seine Gemeinden wären ohne diese Geldflüsse vom Bund in ihre Kassen nicht überlebensfähig.



Auf dem Weg zum Bruttosozialglück

Lebensqualität lässt sich nicht allein mit Geld messen. Ebenso wenig kann der Stand der menschlichen Entwicklung eines Landes einzig durch dessen Volkseinkommen oder Bruttosozialprodukt beschrieben werden. Der König von Bhutan hat deshalb den Begriff des «Bruttosozialglücks» geprägt, welcher die Lebensqualität in den Vordergrund rückt. Schon seit über 15 Jahren erstellt die UNO einen Index der menschlichen Entwicklung (HDI) der Nationen und ordnet diese den drei Kategorien hoher, mittlerer und niederer menschlicher Entwicklung zu. Als Massstab der HDI-Rangliste dienen neben dem Einkommen ebenso Lebenserwartung, Gesundheit, Bildung.

Ein Vergleich der menschlichen Entwicklung für einzelne Regionen vermittelt neue Perspektiven. So sterben in ganz Indien 63 von 1000 Neugeborenen, während es im südindischen Kerala lediglich deren 11 sind. Damit war die Säuglingssterblichkeit weltweit (2003) lediglich in 46 von 177 Ländern tiefer als in Kerala – und all diese Länder waren weitaus reicher als der indische Bundesstaat. In Kalifornien wiederum sterben durchschnittlich 6 von 1000 Säuglingen. In armen kalifornischen Wohngebieten – South Central Los Angeles mit 85 Prozent Afroamerikanern – sind es jedoch fast 14, so dass die Säuglingssterblichkeit höher liegt als in Kerala. Bei der Alphabetisierung und der Lebenserwartung ergibt sich ein ähnliches Bild: Kerala ist auch in diesen Bereichen konkurrenzfähig mit industrialisierten Nationen. Die Alphabetisierungsrate entspricht derjenigen Norwegens, die Lebenserwartung derjenigen Ungarns.

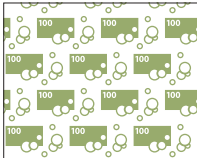












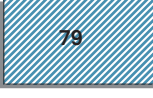


Was ist der Schlüssel zum Erfolg des südindischen Bundesstaats? In Kerala genoss die Bildung der Armen, insbesondere auch der tiefen Kasten, Vorrang. Es wurde zudem viel Wert darauf gelegt, die beträchtlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, Reich und Arm und zwischen den Geschlechtern zu reduzieren. Die Bildung der Frauen spielt eine Schlüsselrolle in der Entwicklung. Keralas Frauen heiraten später und planen ihre Familien, was zu weniger Kindern führt. Dies wiederum hat zur Folge, dass die Frauen länger erwerbsfähig und somit ökonomisch produktiv sind. Und nicht zuletzt steht dahinter ein klarer politischer Wille, die Lebensumstände der Bevölkerung zu verbessern.

Kerala ist kein El Dorado. Noch immer leben viele seiner Bewohner in Armut. Das Wirtschaftswachstum ist langsam in der Region, die stark von der Landwirtschaft geprägt ist. Der indische Bundesstaat zeigt jedoch, dass das «Bruttosozialglück» im Sinne einer besseren Lebensqualität auch bei niedrigerem Volkseinkommen erreichbar ist. Die Errungenschaften von Kerala sind für die globale Debatte um die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) der UNO eine frohe Botschaft.

Keralas Erfolge sind eine frohe Botschaft für die MDGs.

Kerala, Kalifornien, Kanton Zürich: Ein Vergleich

Der Bundesstaat Kerala in Südindien zeigt, dass Lebensqualität auch bei niedrigem Volkseinkommen erreichbar ist. Beim Bundesstaat Kalifornien der USA wiederum wird deutlich, wie ein hohes Volkseinkommen allein nicht genügt, um die Kriminalität einzudämmen und Sicherheit zu gewährleisten. Dafür dürften die gravierenden Unterschiede zwischen Arm und Reich eine wesentliche Ursache sein. Darauf deutet der Vergleich mit dem Kanton Zürich hin, der bei moderaten Einkommensunterschieden und niedrigerer Kriminalität Höchstwerte sowohl bezüglich Einkommen als auch Lebenserwartung erreicht:

	 Volkseinkommen pro Kopf (Dollar, 2002)	 Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)	 Einkommensunterschiede*	 Kriminalität**
Kerala (Indien)	 671	 73	 3.5	 16
Kalifornien (USA)	 39,174	 77	 16.2	 460
Kanton Zürich (Schweiz)	 39,207	 79	 4.0	 60

* Verhältnis des Einkommens der 20% Reichsten zu den 20% Ärmsten

** Gefangene pro 100 000 Bevölkerung

Globalisierung im «Land der Würde»

Das westafrikanische Sahel-Land Burkina Faso, das «Land der Würde», zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Etwa die Hälfte der Bevölkerung von 14 Millionen Menschen gilt als extrem arm – sie hat weit weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung. In den ländlichen Gebieten ist ohnehin kaum Geld vorhanden. Selbstversorgung sichert die Existenz. Die Lebenserwartung ist mit 48 Jahren selbst für afrikanische Verhältnisse tief. Nur jeder sechste Erwachsene kann lesen und schreiben. Doch das Wirtschaftswachstum war in den letzten Jahren mit fünf Prozent überdurchschnittlich. Die Zukunft von armen Ländern wie Burkina Faso liegt bei der privaten Initiative seiner Bewohner, die unter schwierigsten Umständen leben und arbeiten. Doch ohne Staat geht es nicht: Zum Beispiel sind Schulbildung, Gesundheit, Sicherheit öffentliche Güter, zu denen sich die arme Bevölkerung nur über einen funktionierenden Staat Zugang erhoffen kann.

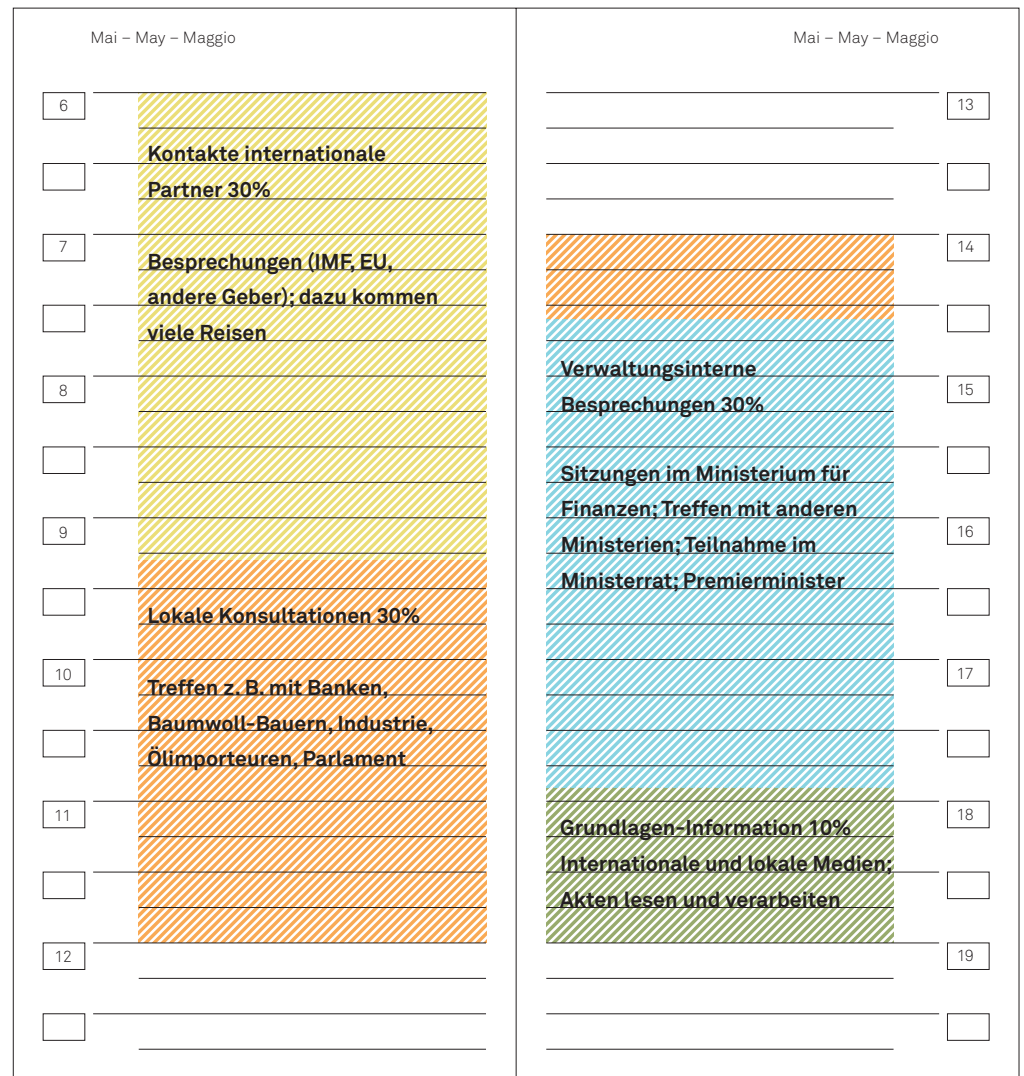
Burkina Faso ist ein Schwerpunktland in der Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz. Insbesondere Alphabetisierung, Dezentralisierung, Berufsausbildung, und Klein- und Mittelbetriebe werden gefördert. Ein zentrales Anliegen ist die Stärkung der eigenen Kräfte und der lokalen Produktion. Zudem leistet die Schweiz Budgethilfe, um Burkina Fasos Strategie zur Linderung der Armut umsetzen zu helfen. Das Ausland steuerte 2004 144 Millionen US-Dollar an internationaler Unterstützung an das Staatsbudget bei. Acht Millionen Franken finanzierte die Schweiz. Jeder achte Franken des Staatsbudgets von Burkina Faso stammt aus der Entwicklungshilfe. Allerdings stehen der öffentlichen Hand trotzdem nur gerade 120 Franken pro Kopf und Jahr zur Verfügung.

Wohl und Wehe der Menschen in Burkina Faso sind je länger je mehr internationalen Einflüssen ausgesetzt, weit über die Entwicklungshilfe hinaus. Das Öl importierende Land ist den massiv steigenden Weltmarktpreisen voll ausgesetzt. Die höhere Ölrechnung schlägt auf die Kosten für Transporte und Elektrizität durch und wird so für alle spürbar. Die Landwirtschaft und Viehzucht sind die Lebensader der Bevölkerung. Zwei Millionen Menschen leben allein direkt oder indirekt vom Baumwollanbau. Beim «weissen Gold» sind die Weltmarktpreise im Keller, weil namentlich die USA ihre Baumwollbauern massiv subventionieren. Diese Internationalisierung der Volkswirtschaft spiegelt sich im Arbeitstag des Finanzministers (siehe Grafik). Denn die Abhängigkeit vom Ausland hat Folgen. An den internationalen Finanzinstitutionen und -märkten kommt Burkina Faso nicht vorbei. Die Karten für die Finanz-, Sozial-, Gesundheits-, Agrarpolitik werden nicht nur in der Hauptstadt Ouagadougou, sondern auch in Washington und Paris gemischt.

Washington und Paris mischen in Ouagadougou mit.

Ein Tag im Leben des Finanzministers von Burkina Faso

Die Globalisierung hat ein armes Sahel-Land wie Burkina Faso längst eingeholt. Der Finanzminister von Burkina Faso muss nicht nur die Bevölkerung, das Parlament und den Präsidenten zufrieden stellen, sondern sich mit den Vorgaben der Entwicklungshilfe-Geber auseinandersetzen. Primär ist die Regierung dem eigenen Volk gegenüber verantwortlich. Das dürfen ausländische Geldgeber nicht vergessen, wenn sie Rechenschaft über die Verwendung der Hilfe fordern. Ein normaler Arbeitstag des Finanzministers Jean-Baptiste Compaoré dauert 11 Stunden, sieben Tage die Woche:



Quellen: Lanser Piet u. a., *Rapport de Pays Burkina Faso, Evaluation Conjointe d'Appui budgétaire Général 1994-2004*, Birmingham 2006; mündliche Auskünfte Jean-Baptiste Compaoré, Minister für Finanzen (17.1.2006)

Globalisierung der Schweizer Wirtschaft

Das Wareninspektions-Unternehmen «Société Générale de Surveillance (SGS)» ist wohl die multinationalste Firma aller Multinationals mit Sitz in der Schweiz. In Genf ansässig, ist sie in rund 140 Ländern vertreten und beschäftigt weltweit 43000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Beispiel überprüfte die SGS die Lieferlisten für ein Kraftwerkprojekt mit 200 Megawatt Leistung in Karawang (Indonesien). Aufgrund ihrer Sachkenntnis und Vergleichsmöglichkeiten konnte die SGS den Rechnungsbetrag von 167 Millionen auf 134 Millionen US-Dollar verringern. Betrug, Kapital- und Steuerflucht können mit der Wareninspektion wirksam bekämpft werden.

In der breiten Öffentlichkeit bekannter als die SGS sind Namen wie Nestlé, ABB, Novartis, Roche und Holcim. Diese fünf Schweizer Industrieunternehmen erwirtschaften gemeinsam einen Weltumsatz, welcher der Hälfte des schweizerischen Volkseinkommens oder jenem von 27 Ländern in Afrika südlich der Sahara mit 430 Millionen Menschen entspricht. Der grösste Schweizer Konzern, Nestlé, hat über 97 Prozent seiner rund 250000 Mitarbeitenden im Ausland. Die starke Internationalisierung von «Global Players» mit Schweizer «Pass» ist eine Folge des kleinen Heimmarktes. Der Höhenflug des Schweizer Fränkens während vielen Jahren verschärfte die Absatzprobleme unserer Exportindustrie und förderte die Internationalisierung der schweizerischen Grossunternehmen.

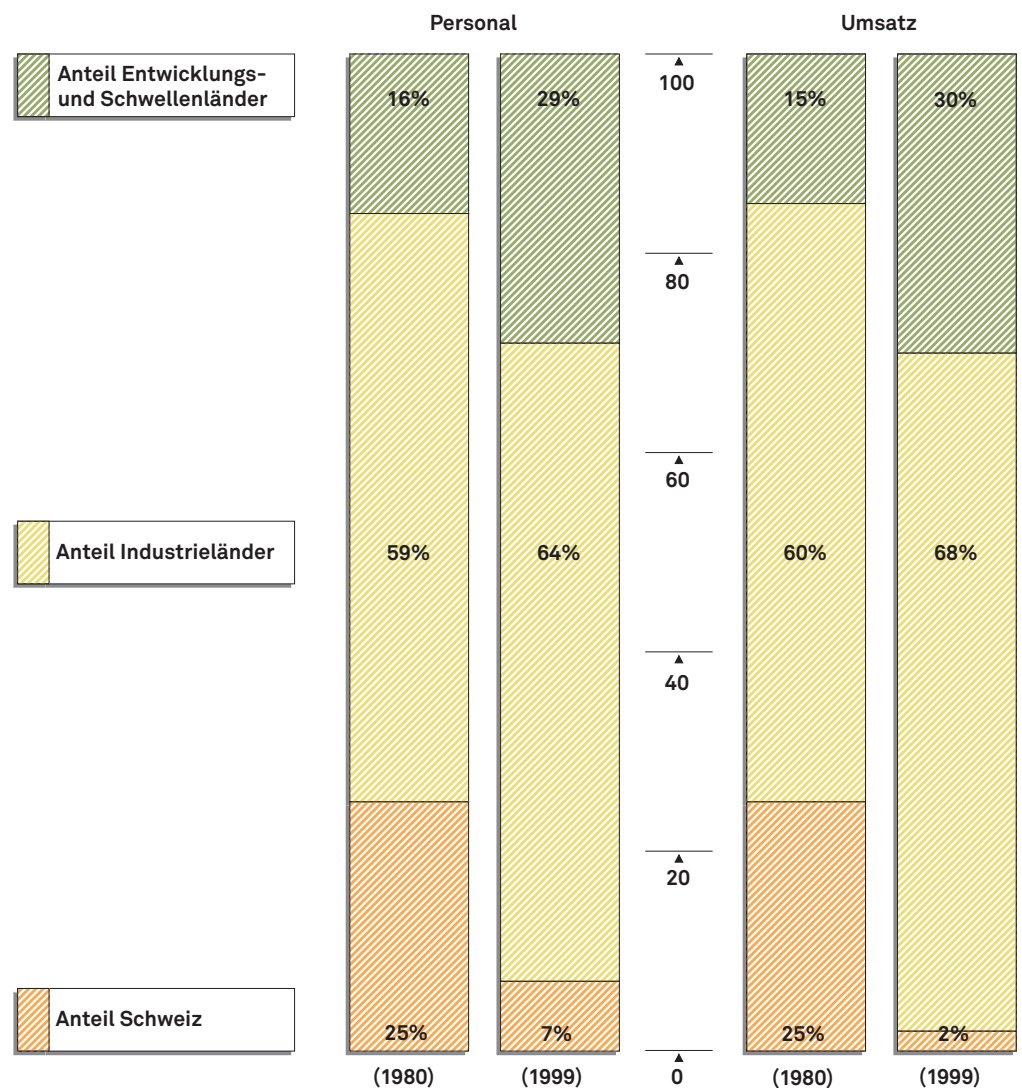
Zwischen 1980 und 2000 haben die 15 grössten Konzerne in der Schweiz über 40000 Arbeitsplätze abgebaut, im Ausland aber über 200000 Arbeitsplätze geschaffen. 2002 beschäftigten Schweizer Firmen im Ausland über 1,8 Millionen Menschen, also bald halb so viele wie der heimische Arbeitsmarkt mit 4,1 Millionen Erwerbstätigen. Jeder vierte Arbeitsplatz im Ausland liegt in den Entwicklungs- und Schwellenländern (China, Brasilien, Südafrika, usw.). Die Arbeitslosigkeit beträgt Ende 2006 rund 120000 Menschen bzw. 3 Prozent der Erwerbstätigen – trotz oder wegen der Globalisierung der Wirtschaft relativ wenig im internationalen Vergleich. Doch es ist Grund zur Sorge in der Bevölkerung, welche die Entwicklungsländer auch als potenzielle Konkurrenten wahrzunehmen beginnt.

Für Konzerne unter Globalisierungsdruck ist die Expansion im Ausland eine Überlebensstrategie. Sie steht nicht in Konkurrenz zum Export aus der Schweiz, sondern stimuliert ihn. Den Auslandsinvestitionen folgen Lieferungen schweizerischer Investitionsgüter, Ersatzteile, Technologien und Beratungsleistungen. Eine statistische Analyse zeigt auf, dass eine Million Franken Investitionsbestand im Ausland jährlich etwa 0,7 Millionen Franken an Exporten schafft. Welchen Nutzen die Investitionen jeweils für das Gastland erbringen, muss im Einzelfall beurteilt werden.

Im Ausland beschäftigten Schweizer Konzerne 2002 über 1,8 Mio. Menschen.

Expansion im Ausland, Stagnation im Inland

Nur jeder fünfzehnte Arbeitsplatz der fünf grössten Schweizer Industriekonzerne (Nestlé, ABB, Novartis, Roche, Holcim) befindet sich noch in der Schweiz, d. h. 42 000 von 585 000 (1999). Fast drei von zehn Arbeitsplätzen (29 Prozent) sind in Entwicklungs- und Schwellenländern angesiedelt. Im Rahmen einer Umfrage haben mehrere Konzerne keine regionalen Angaben über ihre Investitionen und Forschungsausgaben gemacht. Auch die Anteile der Entwicklungsländer am Umsatz der fünf grössten Schweizer Multis (1999: 179 Milliarden Franken) mussten teilweise geschätzt werden. Der «Konzernkuchen» an der Jahrhundertwende, im Vergleich zu 1980, damals auf der Basis der 15 grössten Industrieunternehmen, ist wie folgt aufgeteilt:



Quellen: Schweizerische Nationalbank; Schweizerische Handelszeitung; SGS; NZZ 24.12.1996; Strahm Rudolf H., *Arbeit und Sozialstaat sind zu retten*, Werdverlag, Zürich 1997; Borner Silvio/Wehrle Felix, *Die Sechste Schweiz. Überleben auf dem Weltmarkt*, Orell Füssli, Zürich/Schwäbisch Hall 1984; eigene Umfrage

Wohlstandsmotor Welthandel

Obschon in der Schweiz kein Kakao wächst, ist Schokolade zum Markenzeichen Helvetiens geworden. Selber ohne eigene Rohstoffe, werden solche in die Schweiz eingeführt, verarbeitet und die Halb- und Fertigprodukte in alle Welt exportiert. Die Verarbeitung schafft Arbeit und Einkommen. 18 Schokoladefabrikanten bieten über 4000 Arbeitsplätze. Jede Schweizerin, jeder Schweizer schleckt rekordverdächtige 12 kg Schokoladewaren pro Jahr. Doch über die Hälfte wird exportiert – 2004 78000 Tonnen für über 550 Millionen Franken. Fast jede zweite «Exportschoggi» ist eine Toblerone, verkauft in über 100 Länder. Die Marketingstrategen verbinden deren Dreiecksform mit dem Matterhorn und machen die Toblerone so zur Botschafterin von Schweizer Qualität. Allerdings hat die Globalisierung das Schweizer Symbol «Toblerone» längst eingeholt, denn die Toblerone-Produzentin «Kraft Foods» ist Teil des amerikanischen Philipp Morris Konzerns.

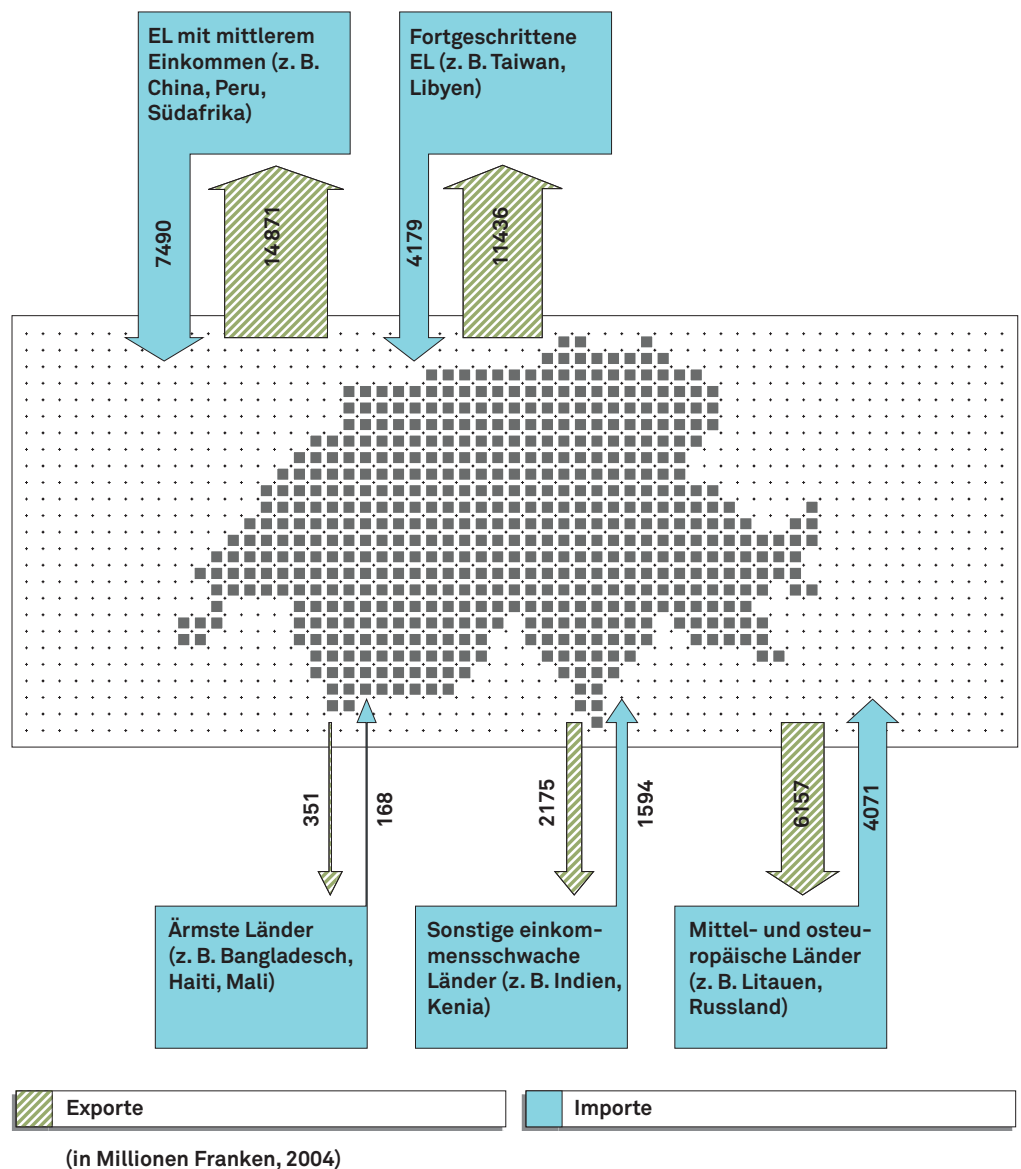
Der schweizerische Wohlstand ist stark von den ausländischen Märkten geprägt. Viel verdankt die Schweiz dem Handel mit den Entwicklungs- und Transitionsländern: Den Exporten dorthin von rund 35 Milliarden Franken – 25 Prozent aller Wareneinfuhren aus der Schweiz (2004) – stehen nur Gütereinfuhren von gut 17 Milliarden Franken gegenüber. Dieser Ausführüberschuss von über 17 Milliarden Franken erlaubt der Schweiz, einen Grossteil der Mehrimporte von 23 Milliarden Franken aus dem Warenhandel mit der Europäischen Union zu finanzieren. Angesichts dieses Ungleichgewichts (vgl. Infografik) betreibt der Bund über das «Swiss Import Promotion Programme» (SIPPO) aktive Importförderung. Diesbezüglich gibt es in Zukunft noch viel zu tun. Allerdings: Ärmere Länder sind oft stark in der Landwirtschaft. Doch gerade hier sind die Eintrittsbarrieren in den Schweizer Markt besonders hoch.

Der «Faire Handel» will gezielt Rücksicht auf Mensch und Umwelt nehmen. In der Schweiz ist der Marktanteil fair gehandelter Produkte weltweit am höchsten. Bei Kakao/Schokolade sind es zwar nur 1 Prozent, beim Kaffee 4 Prozent, beim Orangensaft 6 Prozent, bei den Ananas 17 Prozent, bei den Schnittblumen 28 Prozent (2003), und bei den Bananen 56 Prozent des Schweizer Detailhandels. Der Umsatz mit Max Havelaar-Produkten hat 2005 220 Millionen Franken überschritten. Die Produzentinnen und Produzenten in Afrika, Asien, der Karibik und Lateinamerika verdienen so 40 Prozent mehr als im konventionellen Handel. Für die Stiftung Max Havelaar ist die Selbstfinanzierung aus den Lizenzeinnahmen erreicht. Trotzdem bleibt Fairer Handel eine Fussnote verglichen mit den normalen Transaktionen. Der Faire Handel ersetzt handelspolitische Reformen nicht. Es gilt, «Fairplay» gegenüber wirtschaftlich schwächeren Partnern in den Spielregeln der Welthandelsorganisation (WTO) zu verankern.

**«Fair Trade»:
Die Schweiz ist
Weltrekordhalter.**

Ungleichgewichtiger Handel mit dem Süden und Osten

Insgesamt exportierte die Schweiz 2004 Waren für 35 164 Millionen Franken in die Entwicklungs- und Transitionsländer und bezog von dort Güter im Wert von 17 531 Millionen Franken. Dieser Exportüberschuss von 17 633 Millionen Franken ist entwicklungspolitisch wenig befriedigend. Denn vermehrte Importe aus den wirtschaftlich schwachen Staaten würden dort Arbeit und Einkommen schaffen. Das Ungleichgewicht zwischen Import und Export besteht gegenüber allen Gruppen von wirtschaftlich schwachen Ländern:



Quellen: IUED, Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik 2005, Genf 2005; Oberzolldirektion; Chocosuisse; Max Havelaar Stiftung (Schweiz)

Finanzplatz: Matchentscheidende Spielregeln

Der Finanzplatz Schweiz schafft Wohlstand. Jeder 18. Arbeitsplatz in der Schweiz bzw. 181 000 Jobs sind in seinem Umfeld anzusiedeln. Jeder siebte Franken der schweizerischen Wertschöpfung stammt aus dessen Quelle. Er verwaltet Vermögen von nicht weniger als 4334 Milliarden Franken (2005). Mehr als die Hälfte (59 Prozent) davon haben ihren Ursprung im Ausland. Politische und wirtschaftliche Stabilität, niedrige Steuern, umfassende Bankdienstleistungen und das Bankgeheimnis zählen zu den Schlüsseln des schweizerischen Erfolgs.

Die internationalen Finanzplätze brauchen Leitplanken, um deren Integrität gegen Missbrauch zu schützen. Entscheidend für einen positiven Entwicklungsbeitrag sind die Spielregeln. Die OECD-Expertengruppe gegen Geldwäscherei hielt im Länderexamen 2005 der Schweiz verschiedene zu beseitigende Schwachstellen fest, auch wenn die Schweiz nicht mit leeren Händen da steht. Sie hat Massnahmen gegen die Geldwäscherei von illegalen Kapitalien und Korruption getroffen. Bei Einlagen seitens exponierter ausländischer Politiker sind die Banken zu erhöhter Sorgfaltspflicht angehalten. Die Schweiz bietet Hand zur internationalen Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Terrorismus. Entgegen dem Mythos hat das Bankgeheimnis auch Grenzen, indem es z. B. auf Anordnung einer richterlichen Behörde gegen den Willen des Kunden aufgehoben werden kann.

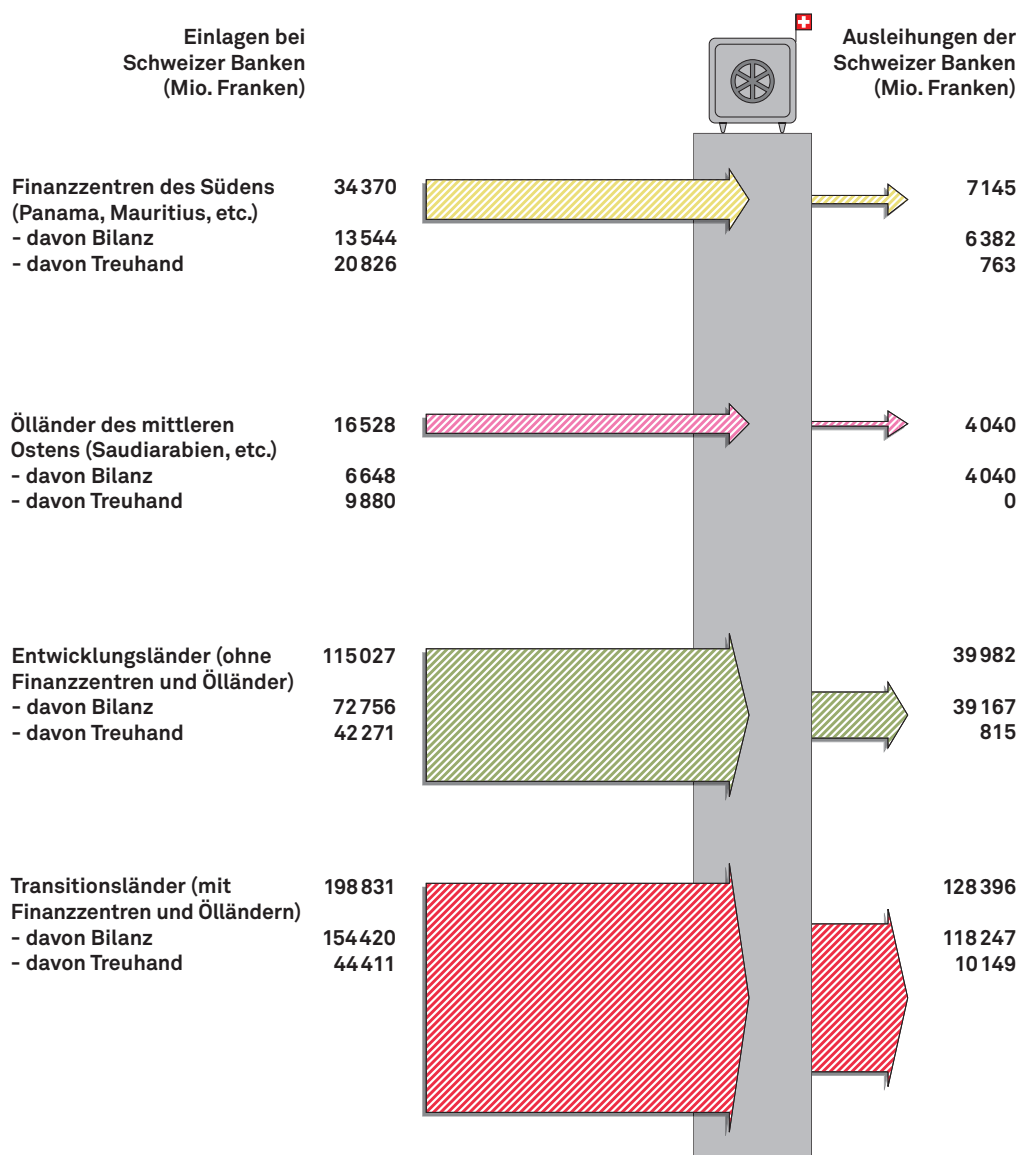
Doch all das genügt aus entwicklungspolitischer Sicht nicht. Steuerhinterziehung – im Gegensatz zu Steuerbetrug, z. B. bei Urkundenfälschung – bildet nach Schweizer Recht ein Vergehen und keinen Straftatbestand. Um internationale Rechtshilfe zu leisten, verlangt die Schweiz beidseitige Strafbarkeit sowohl in der Schweiz als auch im ersuchenden Land. So entfällt Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung. Das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU soll Gegensteuer geben. Das geht an den Entwicklungsländern aber vorbei. Die Kapitalflucht – auch wenn sie legal erfolgt – entzieht dem Herkunftsland Finanzmittel für Investitionen. Steuereinkünfte des Staates gehen verloren. Die Folgen trägt die Bevölkerung. Das steht in Widerspruch zur schweizerischen Entwicklungspolitik.

Die Finanzplatz-Erfahrungen vermittelt die Schweiz an Zentralbanken und Regierungen weiter. Dabei arbeitet sie zur Stärkung des Finanzsektors in Entwicklungs- und Transitionsländern oft eng mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zusammen. Der ärmeren Bevölkerung kommen Massnahmen wie z. B. eine professionelle Bankenaufsicht allerdings nur indirekt zugute. Eine Ausnahme stellt die Mikrofinanz dar, um Kleinstunternehmern und Kleinsparern massgeschneiderte Finanz-Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Bei Steuerhinterziehung leistet die Schweiz keine Rechtshilfe.

Finanz-Drehscheibe Schweiz

Der Finanzplatz Schweiz ist eine Drehscheibe für Kapital aus aller Welt. Diese Rolle kommt auch gegenüber den 150 Entwicklungsländern sowie den 36 Staaten im Übergang («Transitions-länder») zum Ausdruck, welche der Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD verzeichnet. Der Finanzplatz saugt mehr Kapital aus Afrika, Asien und Lateinamerika ab, als er in die Entwick-lungs- und Transitionsländer schleust. Denn sowohl bei den bilanzwirksamen Transaktionen als auch bei den Treuhand-Geschäften übersteigen die Einlagen bei den Schweizer Banken deren Ausleihungen (2004) an diese Länderkategorien deutlich:



Direktinvestitionen – ein Patentrezept?

Gemessen am Volkseinkommen ist die Schweiz nach Hong Kong der grösste Direktinvestor im Ausland. Der weltweite Bestand an schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland beläuft sich auf 449 Milliarden Franken (2004). Die Schweizerische Nationalbank verzeichnet 50 Milliarden Franken an Erträgen, eine Rendite von 11 Prozent. Fast jeder vierte Franken, nämlich 100 Milliarden Franken, ist in den Entwicklungsländern investiert, davon allerdings über zwei Drittel in Offshore-Finanzzentren der Karibik. Vom verbleibenden Drittel wiederum konzentrieren sich die Investitionen auf nur wenige, wirtschaftlich attraktive Länder wie Brasilien, Mexiko, China. Der Investitionsbestand in ganz Afrika hingegen macht zum Beispiel nur 2,6 Milliarden Franken bzw. 0,6 Prozent aller Auslandsinvestitionen aus. Mehr als drei Viertel davon entfallen auf Südafrika, Ägypten und Marokko. Seit 2002 verzeichnet Afrika gar Kapitalrückflüsse (siehe Grafik).

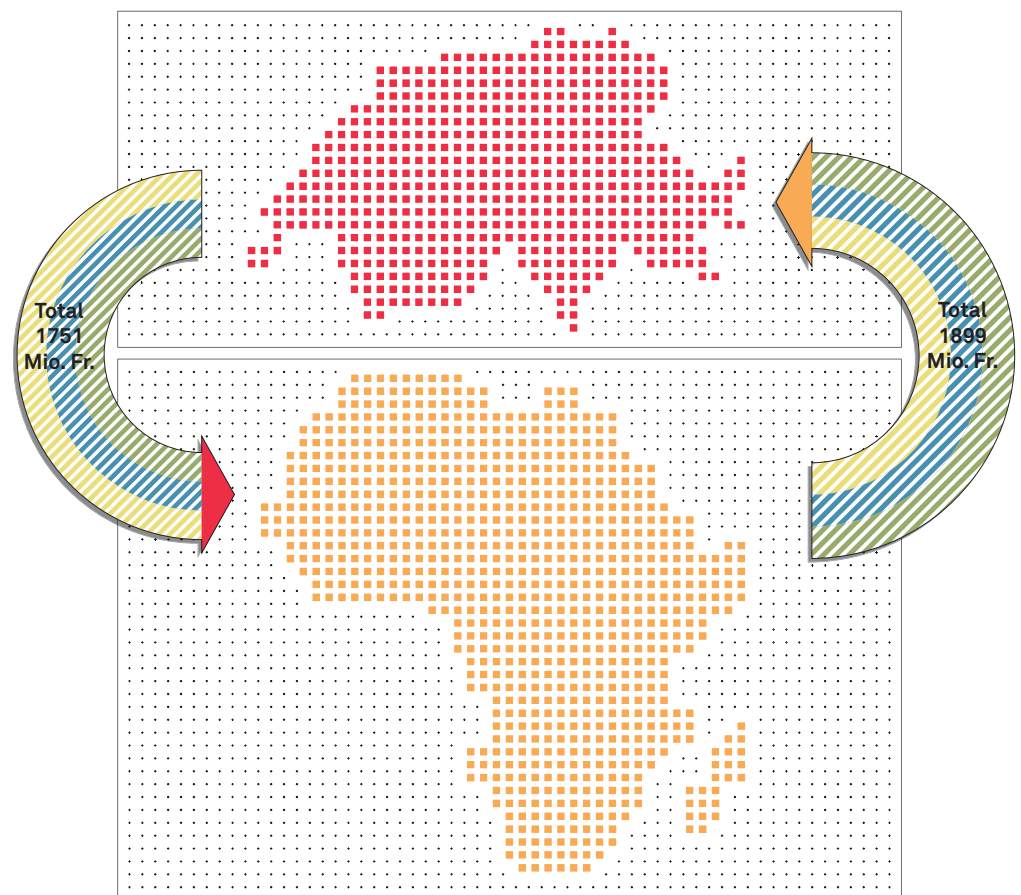
Direktinvestitionen können Arbeitsplätze schaffen und die Übertragung von Wissen und Technologie erleichtern. Sie signalisieren Vertrauen ausländischer Risikoträger und kanalisieren Kapital mit einer längerfristigen Perspektive. Im globalen Schönheitswettbewerb der attraktivsten Destinationen für Direktinvestitionen nahmen 2004 China, die USA und Indien in dieser Reihenfolge die drei Podestplätze ein. Diese Rangordnung basierte auf einer globalen Umfrage bei Spitzenmanagern von 1000 Weltfirmen. Ausländische Direktinvestitionen mögen die Entwicklungsanstrengungen armer Länder unterstützen – entscheidend ist jedoch das Vertrauen einheimischer Investoren in ihre lokale Wirtschaft. Ein Ersatz für die Entwicklungszusammenarbeit sind ausländische Direktinvestitionen ohnehin nicht, wie ein Blick auf deren geographische Konzentration zeigt.

Partnerschaften mit privaten Investoren dienen als Vehikel, um privates Kapital für die Entwicklungsförderung zu mobilisieren. So beteiligt sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) an den Kosten von Machbarkeitsstudien für Investitionen in Entwicklungsländern. Das SECO gründete auch die Schweizer Organisation zur Erleichterung von Investitionen (SOFI), wo potenzielle Investoren Informationen beziehen können und umfassend beraten werden. Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern sind vom SECO an den privaten Fonds SIFEM ausgelagert worden. Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft bedürfen eines expliziten entwicklungspolitischen Leistungsauftrages. Die OECD hatte bei der Überprüfung der Entwicklungshilfe im Jahre 2000 festgestellt, dass das SECO «infolge der Natur und der Ziele seiner Instrumente auch in Ländern interveniert, die alles andere als arm sind». Daraus sind Lehren gezogen worden.

**Direktinvestitionen
ersetzen die
Entwicklungshilfe nicht.**

Wie Afrika die Schweiz finanziert




Die internationalen Hilfswerke der Schweiz sind mit rund einem Drittel ihrer Entwicklungszusammenarbeit in Afrika engagiert. Gut ein Viertel der bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe des Bundes kommt afrikanischen Ländern zugute. Bei den Einfuhren und Ausfuhren der Schweiz hat Afrika nur gerade einen Anteil von etwas mehr als einem Prozent. Vor allem aber tragen die Schweizer Investoren mehr nach Hause, als sie neu in Afrika investieren. Afrika finanziert die Schweiz, indem seit 2002 mehr privates Kapital in die Schweiz zurückfliesst als der schwarze Kontinent an Hilfe erhält:



Entwicklungshilfe Bund und Hilfswerke

	2002: 546 Mio. Fr.
	2003: 618 Mio. Fr.
	2004: 587 Mio. Fr.

Desinvestition und Rückflüsse

	2002: 664 Mio. Fr.
	2003: 579 Mio. Fr.
	2004: 656 Mio. Fr.

Quellen: DEZA; Tages-Anzeiger 22.1.2005; NZZ 3.2.2004; www.atkearney.com; Schweizerische Nationalbank, *Die Entwicklung der Direktinvestitionen im Jahre 2004*, Zürich 2005; IUED, *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik 2005*, Genf 2005; eigene Schätzungen (Rückflüsse)

Globalisierung der Genügsamkeit

In der Schweiz ist weder die Ackerfläche genügend gross, noch sind die klimatischen Bedingungen geeignet, um alle konsumierten Nahrungsmittel lokal zu produzieren. Der Einkauf von Nahrungsmitteln im Ausland hat deshalb Tradition. Wir beanspruchen somit mehr Land, als uns selber zur Verfügung steht – allein dank des Agrarhandels mit Entwicklungsländern wird die offene Ackerfläche mehr als verdoppelt (siehe Infografik). Zudem verbrauchen wir durch unseren Konsum indirekt Wasser und andere natürliche Ressourcen in den Exportländern. Dies ist nicht nur bei Nahrungsmitteln der Fall, sondern auch bei Unterhaltungselektronik, Kleidern, Energie, und vielem mehr. Zur Bereitstellung dieser Güter und deren Entsorgung sind ebenfalls Ressourcen erforderlich.

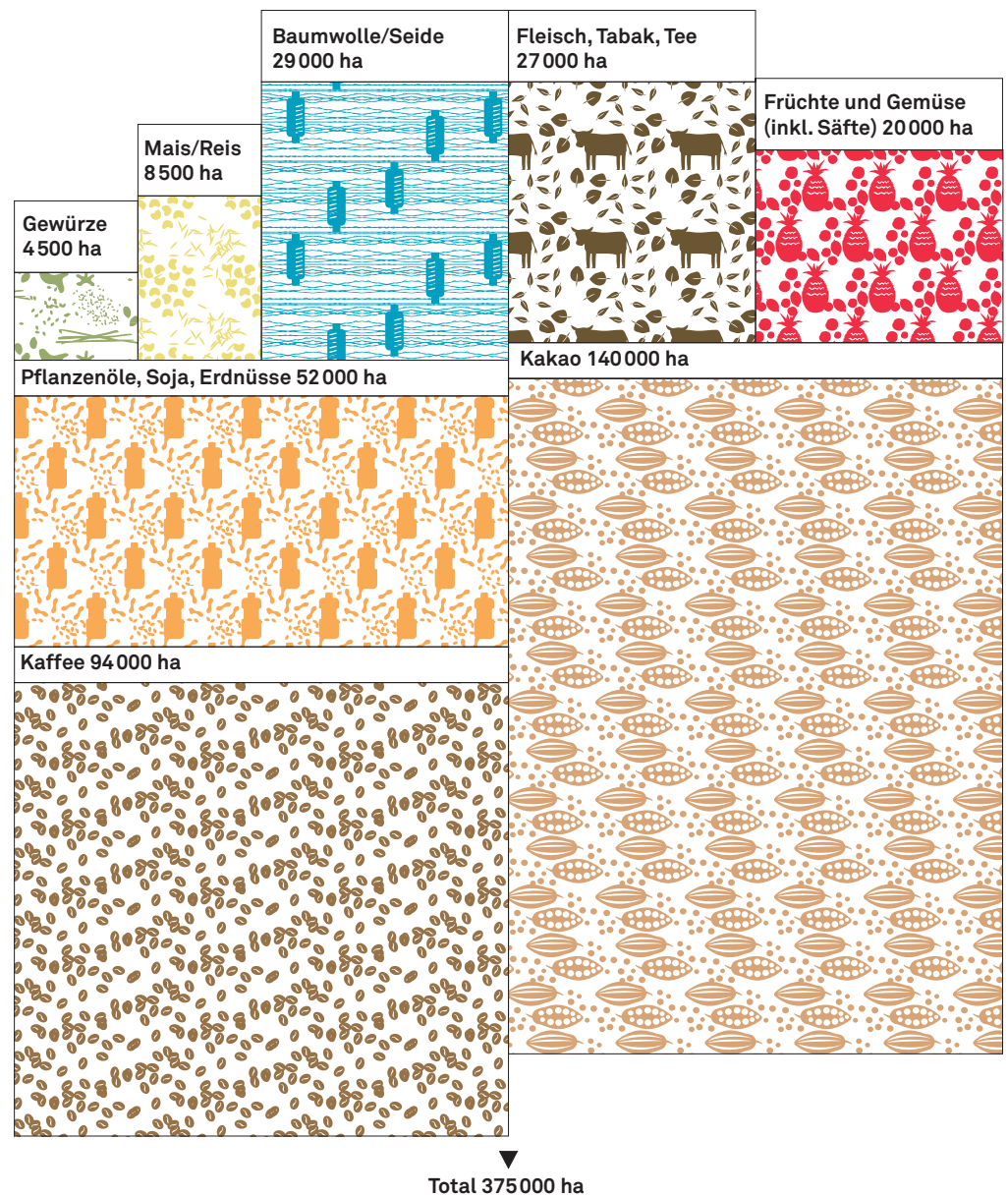
Um einen nachhaltigen Lebensstil messbar zu machen, wurde das Konzept des ökologischen Fussabdrucks entwickelt. Darunter versteht man die Fläche auf der Erde, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen dauerhaft zu ermöglichen. Das schliesst Flächen zur Produktion seiner Kleidung und Nahrung ein, zum Abbau des von ihm erzeugten Abfalls und zum Binden des Kohlendioxids, das durch seine Aktivitäten freigesetzt wurde. Global gesehen wird die weltweit verfügbare Fläche zur Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse gegenwärtig um mehr als 30 Prozent überschritten. Danach werden pro Person 2,2 ha beansprucht, obschon langfristig lediglich 1,8 ha pro Kopf zur Verfügung stehen. Anders gesagt: Die Weltbevölkerung lebt auf zu grossem Fuss. Sie produziert in einem Jahr beispielsweise mehr Abfall, als das Ökosystem Erde in diesem Zeitraum wieder abbauen kann. Das führt zu Abfallbergen. Auf der anderen Seite verbrauchen wir mehr Grundwasser als das, welches durch die Regenfälle wieder nachfließt. Somit sinken die Grundwasserspiegel.

Die Unterschiede im Lebensstandard zwischen Nord und Süd führen zu markanten Differenzen bei den ökologischen Fussabdrücken. Während die Schweizer 5 ha pro Kopf beanspruchen, sind es in den USA 10,3 ha, in Mexiko 2,6 ha, in Ägypten 1,2 ha und in Bangladesch 0,5 ha. Es sind vor allem die Industrienationen, die auf zu grossem Fuss leben. In Sachen Nachhaltigkeit sind die auf Massenkonsum ausgerichteten Gesellschaften des Nordens allen Anstrengungen zum Trotz das Problem, nicht die Lösung. Dadurch, dass viele Ressourcen nicht erneuerbar sind, hat unser Konsum immer auch einen Einfluss auf andere Menschen: kurz-, mittel- und langfristig. Unser heutiger Lebensstil basiert darauf, dass er anderen verwehrt bleibt – denn ein weiterer Planet lässt sich nicht kaufen. Es braucht eine Globalisierung der Genügsamkeit. Das sollten wir im Hinterkopf haben, wenn wir unsere Einkaufswagen das nächste Mal füllen.

Unser heutiger Lebensstil basiert darauf, dass er anderen verwehrt bleibt.

Wieviel Land die Schweiz im Süden «gepachtet» hat

Längst essen wir in der Schweiz nicht mehr nur das, was auf unseren Feldern wächst. Neben gewichtigen Einfuhren aus der Europäischen Union (z. B. Weizen, Gemüse, Früchte) werden auch Produkte aus Übersee importiert. So türmen sich in unseren Einkaufswagen Bananen aus Costa Rica, Mangos und Kaffee aus Brasilien, Poulet aus China und grüne Bohnen aus Marokko. Durch die Einfuhren von Kakao als wichtigster Bestandteil der Schokolade, von Kaffee, Tropenfrüchten und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Entwicklungsländern, nutzt die Schweiz rund 375 000 ha Ackerfläche in Brasilien, Ghana und anderen Nationen. Zum Vergleich: Die Ackerfläche der Schweiz umfasst 283 650 ha.



Unterwegs zur Informationsgesellschaft

Bei der Tsunami-Flutwelle blieb auf globaler Ebene das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zur Warnung der Bevölkerung ungenutzt. Im Kleinen gibt es jedoch positive Beispiele. In Verampattinam, einem Fischerdorf in Südindien, wird zwei Mal pro Tag die Wellenhöhe in der Bucht von Bengalen über Lautsprecher bekannt gegeben. Die Swaminathan-Stiftung (MSSRF) hat ein lokales Wissens-Zentrum gefördert, das Zugang zur Information über Internet hat. So verzeichnete das Dorf seit Jahren keine wetterbedingten Unfälle der Fischer mehr. Die Lautsprecheranlage konnte auch genutzt werden, als Ende 2004 der verheerende Tsunami die Region verwüstete. Einerseits wurden Warnungen ausgerufen, welche die Bewohner vor der verheerenden zweiten Welle bewahrten. Andererseits hatte das Wissenszentrum genaue Kenntnis des Dorfes und seiner Bevölkerung, und konnte so die Verteilung von Hilfsgütern erleichtern.

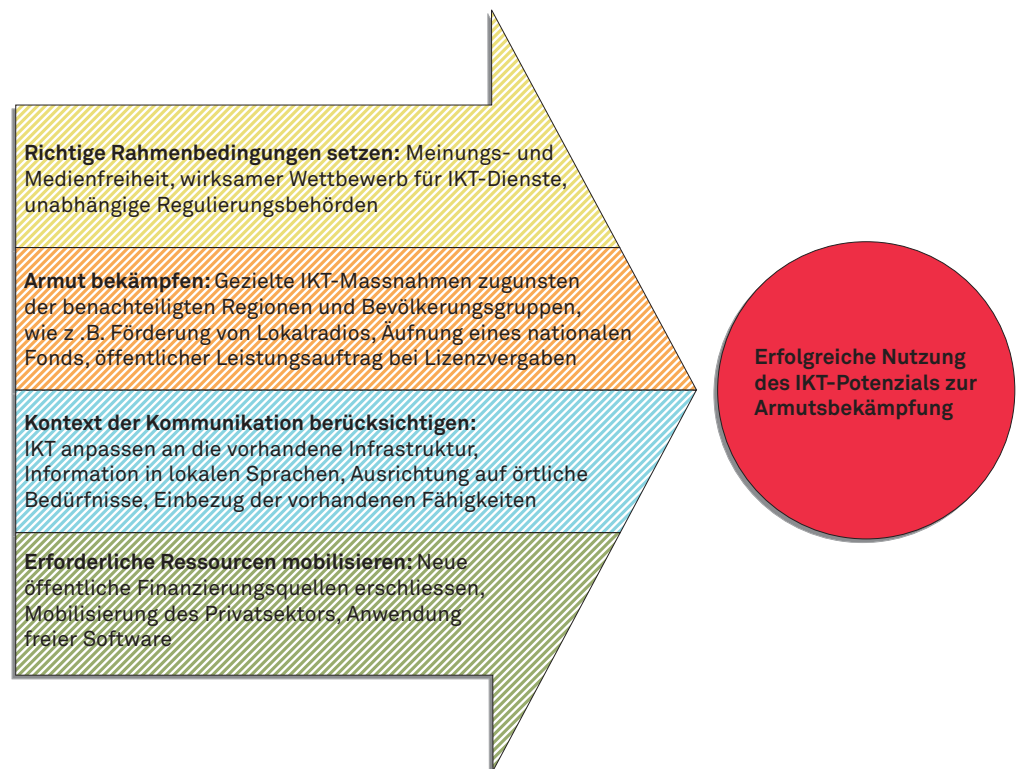
Das Beispiel Verampattinam zeigt das Potenzial besserer Information und Kommunikation in der Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfe deutlich. Damit die schwächeren Regionen und Bevölkerungsgruppen von den technischen Neuerungen profitieren, müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden. Das weiss die Schweiz aus eigener Erfahrung bei der Bekämpfung des internen digitalen Grabens zwischen den Regionen, Generationen, Geschlechtern und Bildungsniveaus bestens. Die Bevölkerung schweizerischer Randregionen kann politische Prozesse mitbestimmen. Es gibt einen Finanzausgleich zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Gebieten. Öffentliche Dienstleistungen werden landesweit erbracht. Die staatlichen IKT-Rahmenbedingungen enthalten gezielte Vorgaben zur Verringerung des digitalen Grabens. Über den Marktmechanismus hinaus werden flankierende Finanzierungsleistungen (z. B. Quersubventionierung bei Radio und Fernsehen für sprachliche Minderheiten) erbracht, um die Bevölkerung mit den notwendigen öffentlichen Gütern zu versorgen.

Aufgrund dieser eigenen Erfahrung und der Einsicht in das Potenzial von IKT im Entwicklungsprozess sind Information und Kommunikation eine Priorität für die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Um IKT vermehrt in den Dienst der Armutsbekämpfung und der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) zu stellen, investierte die Schweiz beträchtliche Ressourcen im Umfeld des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS 2003 und 2005). Im Rahmen eines starken Engagements im «Global Knowledge Partnership» wird die IKT-Zusammenarbeit zwischen Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv vorangetrieben. In den Programmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden die Möglichkeiten und Grenzen von IKT-Elementen mit Mitarbeitenden und Partnern systematisch ausgelotet. Dazu kommen weitere IKT-spezifische Aktivitäten.

**Auch die Schweiz
bekämpft intern den
digitalen Graben.**

IKT für die Armutsbekämpfung

Das Wissen um die Bedeutung von Information und Kommunikation im Entwicklungsprozess ist gross. Auch über Möglichkeiten und Grenzen der IKT-Nutzung zur Armutsbekämpfung sind breite Erfahrungen vorhanden. Alles dem Markt zu überlassen, reicht nicht aus. Entscheidend ist der politische Wille, die Armut zu beseitigen und darauf mit guten Rahmenbedingungen und gezielten Massnahmen hinzuarbeiten:



Multikulturelle Schweiz

Seit 1950 stieg der Ausländeranteil in der Schweiz von 0,3 auf 1,6 Millionen Menschen bzw. von 6,1 Prozent auf 21,8 Prozent (2004) der Wohnbevölkerung an. Nicht die Flüchtlingsströme, sondern die Bedürfnisse der schweizerischen Wirtschaft nach Arbeitskräften haben die Schweiz zum Einwanderungsland gemacht. Die Zuwanderung prägte die gesellschaftliche Dynamik und politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte. Ausdruck verbreiteter Ambivalenz gegenüber den Immigranten waren verschiedene Volksinitiativen gegen die «Überfremdung», letztmals im Jahr 2000 die 18-Prozent-Initiative, die jedoch in den Volksabstimmungen alle keine Mehrheit fanden. Trotzdem: Der Wandel zu einer multikulturellen Schweiz prägt den Alltag der Bevölkerung und damit das Umfeld der Meinungsbildung zur Entwicklungszusammenarbeit.

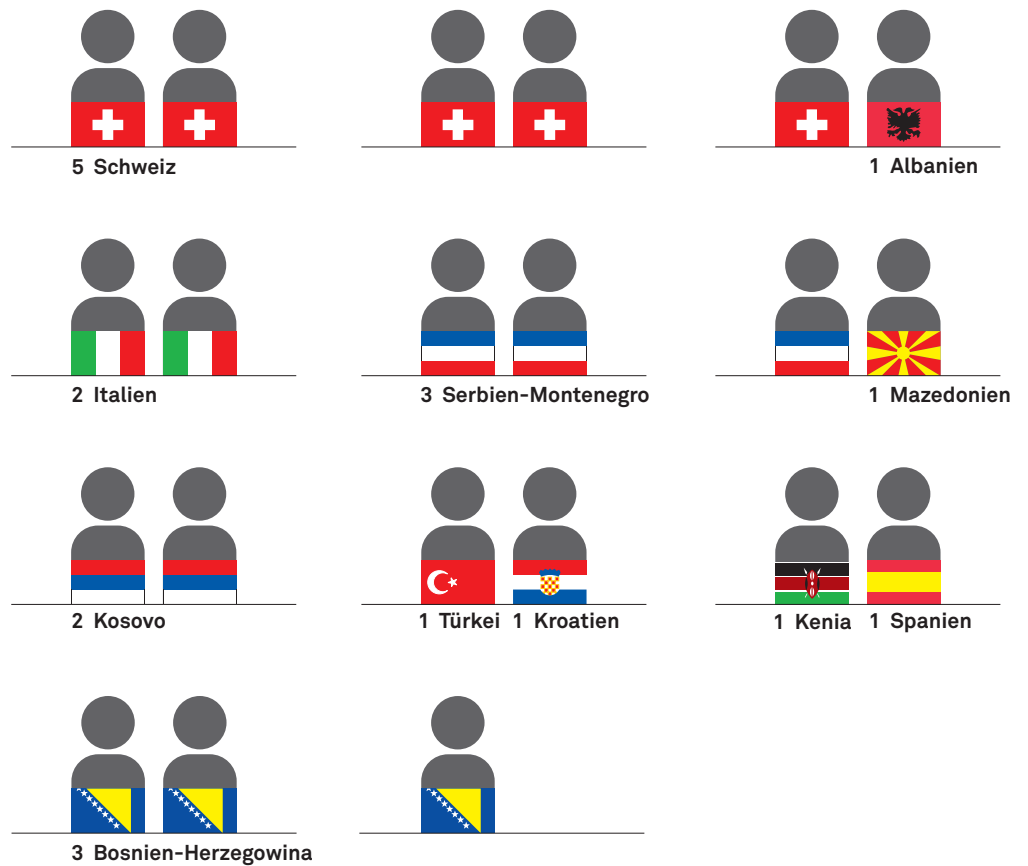
Die Schweiz ist stolz auf ihre Sprachenvielfalt – gemeint sind damit in der Regel Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. Seit einigen Jahren gibt es eine neue Sprachenvielfalt. Gemäss Volkszählung werden heute in der Schweiz 50 Sprachen von mindestens 600 Leuten gesprochen. Neun Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz bezeichnen eine Nicht-Landessprache als ihre Hauptsprache – 1950 waren es erst sieben Promille gewesen. Im letzten Jahrzehnt haben Russisch, Albanisch und verschiedene afrikanische Sprachen am meisten zugelegt. War Rätoromanisch noch vor einigen Jahrzehnten klar Nummer 4, ist es auf Platz 10 abgerutscht. Im Jahr 2000 wurden 12 Sprachen in dieser Reihenfolge von über 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern als Hauptsprache bezeichnet, nämlich Deutsch, Französisch, Italienisch, Serbisch, Albanisch, Portugiesisch, Spanisch, Englisch, Türkisch, Rätoromanisch, Tamil, Arabisch. Die Kantone stellen beispielsweise Merkblätter für die Berufswahl in 14 Sprachen zur Verfügung.

Genährt von der Einwanderung, ist auch die religiöse Landschaft der Schweiz in Bewegung. Die Zahl der Angehörigen islamischer Glaubensgemeinschaften hat sich zwischen 1990 und 2000 auf über 300 000 verdoppelt und seit 1980 fast versechsfacht. Andere nicht-traditionelle Glaubensgemeinschaften haben ebenfalls substanziell zugelegt (132 000 christlich-orthodoxe Kirche, 28 000 Hindus, 21 000 Buddhisten). Mehr als jeder Zehnte der Wohnbevölkerung gibt an, überhaupt keiner Religionsgemeinschaft zuzugehören. Über sieben Prozent gehören einer Religionsgemeinschaft ausserhalb der traditionellen Landeskirchen an. 1970 waren es erst 0,7 Prozent gewesen. Die Mitgliedschaft der christlichen Landeskirchen ist grossteils passiv und überaltert. Den «neuen Religionsgruppen» gehören hingegen überwiegend junge und aktive Leute an. Diese haben zugleich mehr Kinder. Demzufolge wird der Umbruch weitergehen.

-
1. Deutsch,
 2. Französisch,
 3. Italienisch,
 4. Serbisch,
 5. Albanisch, ...
-

21 Schülerinnen und Schüler, 11 Nationen, 1 Klasse

Die neue multikulturelle Vielfalt ist sowohl eine Chance angesichts der Globalisierung als auch eine Herausforderung z. B. im Bildungswesen. Die Integration der Immigranten erfordert beidseitig grosse und alltägliche Anpassungsleistungen. Der Einblick in andere Lebensweisen bereichert die Schweizer Schülerinnen und Schüler. Dem stehen neue Konfliktherde vom Arbeitsplatz bis zur Disco oder dem Pausenplatz gegenüber. Werfen wir einen Blick in das Schulhaus Flühmühle in Littau (Kanton Luzern) mit einem Ausländeranteil von über 70 Prozent. Zum Beispiel die Klasse 5b:



Hürdenlauf Einbürgerung

Fatma Karademir, 23 Jahre alt, ist in der Schweiz geboren und hat nie woanders gelebt. Nach dem Schweizer Gesetz ist sie Türkin, obwohl ihre Eltern vor über 40 Jahren hierher gekommen sind. Die Schweiz ist Fatmas Zuhause. «Hätte ich den Schweizer Pass, so könnte ich abstimmen. Das sollte eigentlich so sein, denn ich bin Schweizerin. Ich denke auf Deutsch, ich träume auf Deutsch, und ich bin an der Schweizer Politik interessiert.»

Fatma: «Ich denke und träume auf Deutsch, ich fühle mich als Schweizerin.»

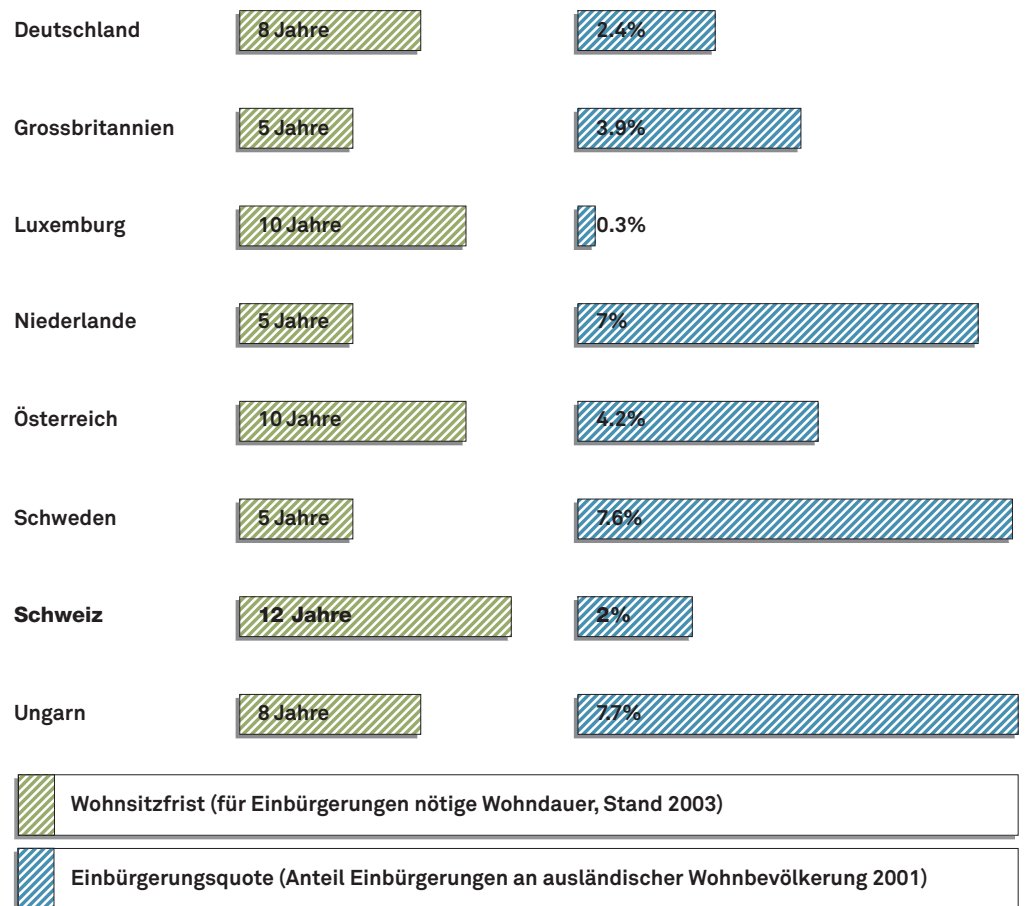
Der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz übersteigt 20 Prozent. Der hohe Anteil ist nicht nur eine Folge der Attraktivität als Einwanderungsland. Vielmehr hat er auch mit dem komplexen Schweizer Bürgerrecht und Einbürgerungsverfahren zu tun. Ein grosser Teil der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind reine «Papier-Ausländer»: Nahezu jeder vierte ausländische Bürger in der Schweiz ist hier geboren. In Ländern wie Grossbritannien, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland kriegen solche Kinder die Nationalität bei Geburt, falls ein Elternteil acht Jahre im Land gelebt hat. Manchmal ist die Dauer sogar kürzer. Andere Staaten offerieren einen einfacheren Einbürgerungsprozess für die zweite Generation von Einwanderern.

Die nationale Wohnsitzfrist – die für die Einbürgerung nötige Wohndauer – beträgt in der Schweiz zwölf Jahre, ein Spitzenwert im internationalen Vergleich (siehe Infografik). Die Jahre zwischen zehn und 20 zählen doppelt. Der Einbürgerungsprozess dauert in der Schweiz weitere drei Jahre und spielt sich auf allen drei Regierungsebenen ab: Die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung ist eine Voraussetzung für die nachfolgende Einbürgerung des Bewerbers in der Gemeinde und im Kanton. Schweizer Bürger wird erst, wer auf allen drei Stufen eingebürgert wurde. Gemeinde und Kantone kennen eigene, zusätzliche Voraussetzungen, die sehr unterschiedlich sind: kantonale und lokale Wohnsitzfristen, eine Eignungsprüfung, materielle Erfordernisse, z. T. hohe Gebühren. Während eine Bewerberin beispielsweise zwei Jahre im Kanton Bern gelebt haben muss, um dort das Bürgerrecht beantragen zu können, sind es in Nidwalden deren zwölf. Diese müssen zudem alle in der Einbürgerungsgemeinde verbracht worden sein.

In vielen Gemeinden ist eine Abstimmung in der Gemeindeversammlung oder im Gemeindeparlament üblich. Gemäss Bundesgericht ist für eine Ablehnung eine Begründung erforderlich. Urnenabstimmungen sind deshalb rechtswidrig. Es besteht jedoch weder ein rechtlich geschützter Anspruch auf eine Einbürgerung in der Gemeinde und im Kanton noch ein landesweiter Rechtsschutz gegen willkürliche Ablehnungen. Fatmas Antrag auf Einbürgerung wurde verworfen. Ihre Wohngemeinde teilte ihr mit, sie müsse für weitere zehn Jahre dort leben. Nur so könne ihre Eignung, Schweizerin zu werden, abgeschätzt werden.

Einbürgerungen: Schlusslicht Schweiz

Fast 800 000 in der Schweiz wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer erfüllen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nach Bundesrecht. Eingebürgert werden aber nur 35 000 pro Jahr. In der Wohnsitzfrist und bezüglich Einbürgerungsquote existieren zwischen den europäischen Ländern riesige Unterschiede. Während Ausländer zwölf Jahre in der Schweiz leben müssen, um die Staatsbürgerschaft beantragen zu können, sind es in Schweden lediglich deren fünf. Während Ungarn 2001 fast 8 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung einbürgerte, lag die Schweiz mit 2 Prozent bei den Schlusslichtern. Die Einbürgerungsvorschriften sind in der Schweiz weitaus schärfer und die Zahl der Einbürgerungen ist geringer als anderswo, wie ein Vergleich zeigt:



Kultur zwischen Kommerz und Kunst

Der globale Markt der Unterhaltungskultur wird von einer kleinen Anzahl westlicher Medienkonzerne beherrscht. Grossbritannien ist mit 8,5 Milliarden US-Dollar (2002) der grösste Exporteur von Kulturgütern wie Büchern, CDs und Videos, gefolgt von den USA (7,6 Mrd. USD) und China (5,2 Mrd. USD). Afrika hat einen Weltmarktanteil von weniger als einem Prozent. Mit wenigen Grossproduzenten steigt die Gefahr eines globalen Einheitsbreis, geprägt durch die westliche Konsumgesellschaft. Z. B. erzielte der Schweizer Film 2003 mit rund sechs Prozent erstmals seit Jahren wieder einen nennenswerten Publikumsanteil auf seinem Heimmarkt. Ein einziger Kinohit («Achtung, fertig, Charlie!») hat dabei mehr als die Hälfte aller Eintritte auf sich verbucht.

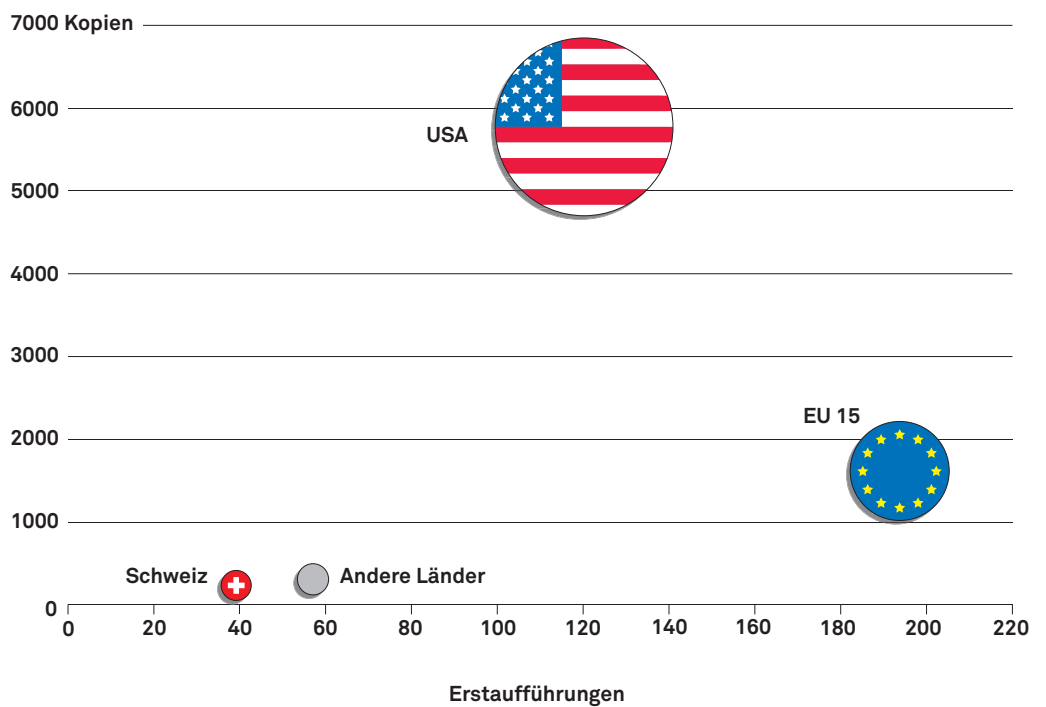
Kulturelle Erzeugnisse sind Zeugen von Identität und haben natürlich auch einen wirtschaftlichen Wert. Dennoch ist Kultur weit mehr als ein Handelsgut und soll nicht unbesehen den Liberalisierungsprinzipien der WTO untergeordnet werden. Deswegen haben am 20. Oktober 2005 die Mitgliedstaaten der UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) die Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt mit überragender Mehrheit verabschiedet. Auch die Schweiz hat zugestimmt. Die Konvention verhindert, dass öffentliche Beiträge an die Produktion von Kulturgütern als wettbewerbsverzerrend verboten werden. Den Staaten bleibt es unbenommen, mit Subventionen die Vielfalt von Film, Fernsehen, Literatur und Musik zu gewährleisten. Die Entwicklungsländer sehen die UNESCO-Konvention in Sachen Kultur als Gegengift zur Globalisierung und hoffen auf einen Solidaritätsfonds zugunsten der wirtschaftlich armen, kulturell aber reichen Länder. «Ohne spezielle Förderung werden die kulturellen Stimmen der Armen randständig und isoliert bleiben», sagt Koichiro Matsuura, UNESCO-Generaldirektor.

Die kulturelle Vielfalt ist auch ein Thema in der Schweiz. Radio und Fernsehen spielen eine wichtige Rolle für die Meinungsfreiheit und -vielfalt. Gemäss Bundesverfassung erfüllen die elektronischen Medien einen Leistungsauftrag («Service public»): Sie müssen zur Kultur, zur Meinungsbildung, zur Bildung und zur Unterhaltung beitragen, die Besonderheiten der Schweiz und die Bedürfnisse der Kantone berücksichtigen. So bietet die SRG Programme für alle Sprachregionen der Schweiz an. Die öffentliche Hand wendet zur Kulturförderung jährlich 2,3 Milliarden Franken auf. Sie werden hauptsächlich für Bibliotheken, Museen, Theater, Konzerte, Denkmalpflege, Heimatschutz und Medien investiert. Zum Vergleich: Der Privatsektor trägt lediglich 370 Millionen Franken bei, vor allem in Bühnenkunst, Museen, Sehenswürdigkeiten und bildende Kunst. Die Kulturlandschaft in der Schweiz wäre ohne Subventionen um vieles ärmer.

Die kulturelle Vielfalt darf nicht WTO-Prinzipien geopfert werden.

Filme – Einfach oder Vielfalt?

Einheimisches Kulturschaffen hat es schwer, sich gegenüber der globalen Konkurrenz durchzusetzen, in den Entwicklungsländern wie in der Schweiz. Damit ein Film gleichzeitig in mehreren Kinos gezeigt werden kann, müssen mehrere Filmkopien desselben Werks zur Verfügung stehen. Dabei nehmen US-amerikanische Erzeugnisse eine Spitzenposition ein: Pro US-Film zirkulierten in der Schweiz 2004 rund 20 Kopien, während es für Schweizer Filme lediglich 4,4 waren. Der US-Film hat seinen Vorsprung auf den Rest der Welt von 2003 auf 2004 noch ausgeweitet. Auch die Besucherzahl (Fläche des Kreises in der Grafik) ist bei den Werken aus den USA am grössten, obwohl die meisten der in der Schweiz gezeigten neuen Filme aus der Europäischen Union stammen. Das reichhaltige Filmschaffen in Asien, Afrika und Lateinamerika ist auf dem Schweizer Markt quantitativ bedeutungslos:



Forschungsnetzwerk für Entwicklung

Bis er 13 Jahre alt war, besuchte Ghana Gurung keine öffentliche Schule. Sein Onkel, ein buddhistischer Mönch, war sein Lehrer. Im Sommer hütete er am Fusse des Himalayas mit dem Grossvater Yaks und Ziegen. In seinem Heimatdorf in den Bergen Nepals lebten zwölf Familien ohne Elektrizität und fliessendes Wasser. Heute ist Ghana Gurung WWF-Programmdirektor und macht im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunkts Nord-Süd der Schweiz «NCCR North-South» seine Doktorarbeit.

Eigene Kapazitäten für Bildung und Forschung sind Schlüssel zur nachhaltigen Linderung von Armut und Umweltzerstörung in den Ländern des Südens und Ostens. So wurde 2001 der Forschungsschwerpunkt NCCR Nord-Süd geschaffen, ein Forschungsnetzwerk mit Partnern aus Entwicklungs- und Transitionsländern. Das Programm untersucht Probleme wie die Übernutzung der erneuerbaren Ressourcen, Bevölkerungsdruck, Krankheiten, Verstädterung etc., so genannte «Syndrome», in acht Regionen des Südens. Lösungen zu finden erfordert eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen. Ausserdem werden Forschungsergebnisse in Pilotprojekten umgesetzt, wobei die Mitwirkung der Bevölkerung eine zentrale Rolle spielt. Die NCCR-Strategie legt Wert auf ein Gleichgewicht zwischen Nord und Süd: So definieren die rund 250 Forschenden z. B. die Projekte gemeinsam.

Dem NCCR Nord-Süd standen für die ersten vier Jahre (2001–2005) insgesamt 32,6 Millionen Schweizer Franken zur Verfügung. Das Budget für die zweite Phase (2005–2009) ist ungefähr im selben Rahmen. Die Forschenden in der Schweiz werden hauptsächlich vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) finanziert, während die Südpartner vor allem von der DEZA unterstützt werden. DEZA und SNF beteiligen sich mit gleich grossen Beiträgen an der Finanzierung. Die involvierten Forschungsinstitutionen stellen zusätzliche Mittel zur Verfügung. In Sachen schweizerischer Forschung für und mit Entwicklungsländern stellt das NCCR Nord-Süd einen Meilenstein dar, wegen seiner langfristigen Ausrichtung, infolge des fachübergreifenden Ansatzes, durch praktizierte Partnerschaft, dank dem Netzwerk über vier Kontinente, und der Verbindung von traditionellem Wissen mit moderner Wissenschaft.

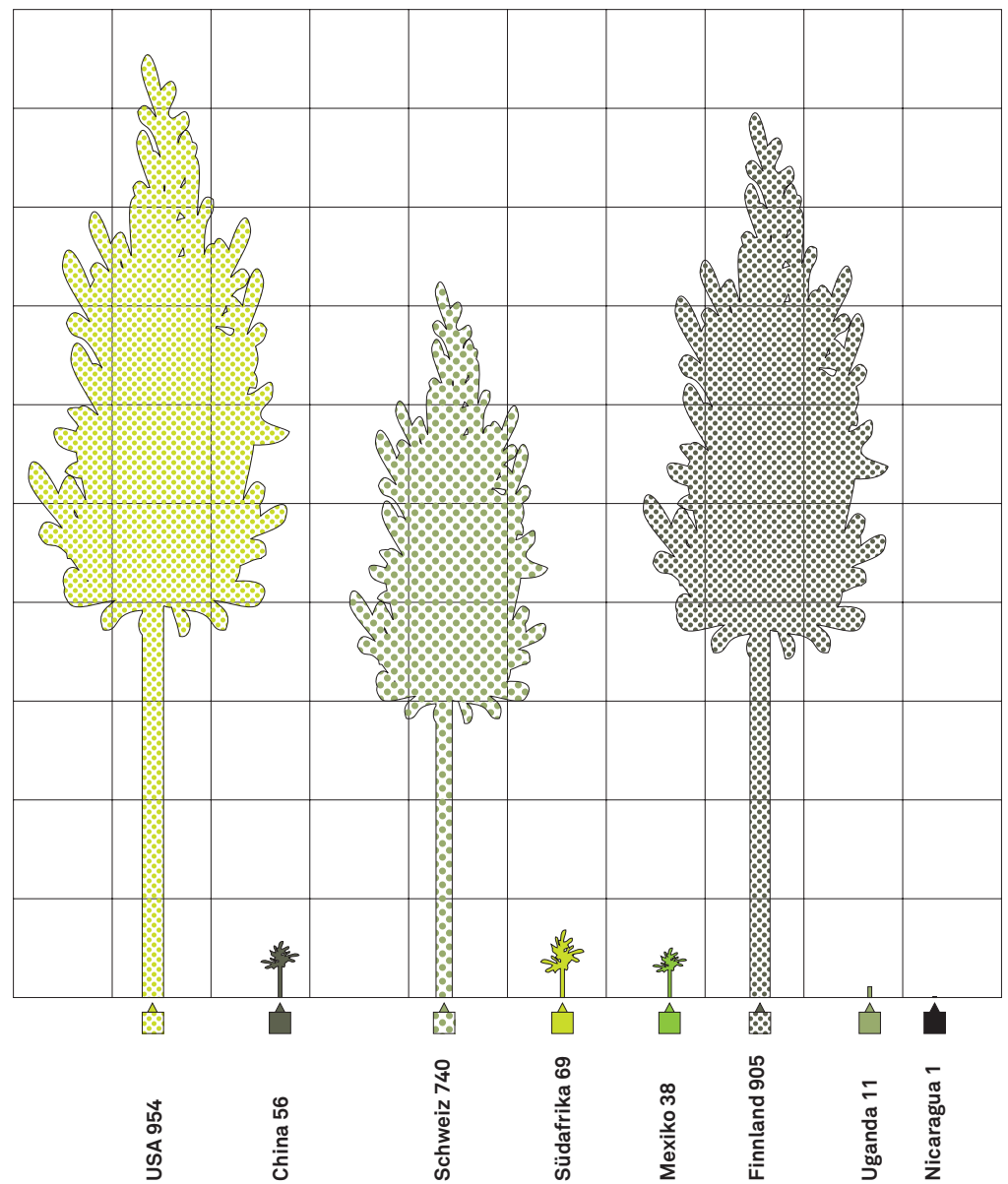
Während es in Europa pro Million Einwohner 1900 Forschende gibt, sind es in Afrika gerade deren 70. Forschungspartnerschaften im Allgemeinen und Programme wie das NCCR Nord-Süd im Besonderen sind deshalb von grosser Bedeutung für den Aufbau lokaler Kapazitäten. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) der Doktorierenden stammen im NCCR Nord-Süd aus Entwicklungs- und Transitionsländern – 29 Prozent aus Afrika, 14 Prozent aus Asien und 14 Prozent aus Lateinamerika. Leute wie Ghana Gurung, die sowohl Kontext-Kennntnis als auch Zugang zu globalem Wissen und Netzwerken haben, werden zu Trägern nachhaltiger Entwicklung.

**Forschungspartner-
schaften: Gemeinsam
nach Lösungen suchen.**

Auch der Süden braucht Bildungskapital

Die globale Forschungslandschaft ist stark zerklüftet. Lediglich 15 Prozent aller Mittel, die weltweit für Forschung eingesetzt werden, sind für Entwicklungs- und Transitionsländer bestimmt. Auch handelt es sich dabei vor allem um wirtschaftsstarke Länder wie China, Indien, oder Brasilien. In Schwarzafrika steht pro Einwohner nur ein Bruchteil jener Mittel zur Verfügung, die in den USA oder in der Schweiz in Forschung und Entwicklung investiert werden:

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in USD pro Kopf (PPP*)



*Public-Private Partnership

Quellen: UNESCO, Institute for Statistics, Mai 2005; eins 23/24 2005, S. 44-47; Tages-Anzeiger 9.9.2004; Zeitschrift für Entwicklungspolitik 18/19; NCCR North-South Annual Report No. 4, Bern 2005

Von den Kleinen lernen

Die Insel Mauritius gilt als Erfolgsgeschichte in Afrika. Seit 1975 ist das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung von 680 US-Dollar auf 4300 USD (2004) gestiegen. 2000 bis 2002 repräsentierte Mauritius sogar den ganzen afrikanischen Kontinent im Sicherheitsrat der UNO. Doch es gehört mit seinen 1,2 Millionen Einwohnern zu den rund 70 Kleinstaaten mit weniger als 1,5 Millionen Menschen oder einer Fläche von unter 50000 Quadratkilometern. Auch die Schweiz zählt mit 41000 Quadratkilometern zu den Daviden dieser Welt.

Kleinstaaten sind politisch und wirtschaftlich besonders gefordert: Wohl und Wehe ihrer Ökonomie sind oft abhängig von wenigen Produkten; der Heimmarkt ist bescheiden und unattraktiv; die Kleinräumigkeit verursacht höhere Kosten bei öffentlichen Gütern wie z. B. Erziehung und Gesundheit; Kleinstaaten sehen sich ungeschützt Druckversuchen anderer Länder ausgesetzt. Diese Eigenheiten erzeugen deshalb auch charakteristische Gegenstrategien der Kleinen: Handels- und finanzpolitische Offenheit ist überlebenswichtig; Rechtssicherheit und multilaterale Spielregeln schützen gegen Machtmissbrauch der Grossen; ein überdurchschnittlich grosser öffentlicher Sektor erlaubt, die ausgeprägte Verletzlichkeit gegenüber weltwirtschaftlichen Einbrüchen aktiv anzugehen und die höheren Produktionskosten von öffentlichen Gütern zu kompensieren.

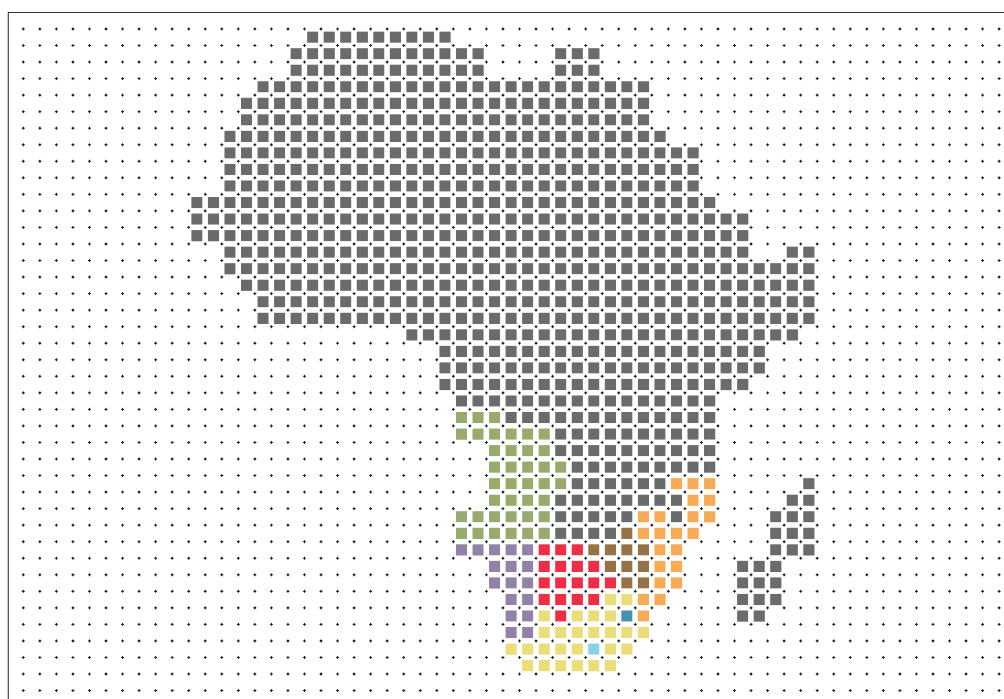
Eine optimale Staatsgrösse gibt es wohl nicht. Tatsache ist jedoch, dass Kleinstaaten ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum vorweisen können. Sie sind zum Erfolg verdammt. Kleine Entwicklungsländer mobilisieren auch überproportional viel Entwicklungshilfe. Zudem übertrifft deren Stimme ihre proportionale Bedeutung in den UNO-Organisationen, hat doch z. B. Liechtenstein mit 30000 Einwohnern in der UN-Generalversammlung formal das gleiche Stimmrecht wie China mit 1,2 Milliarden Menschen. Offenbar münzen sie Kleinheit dank Flexibilität und Überschaubarkeit wieder in Vorteile um.

Kleinstaaten sind Labors für Innovationen. So steht auch die Schweiz nicht mit leeren Händen da und hat Errungenschaften jenseits von Bankdienstleistungen, Käse, Schokolade, Taschenmesser und Uhren anzubieten. Auf der gesellschaftlichen Ebene machen beispielsweise die Volksrechte, der Föderalismus oder die Sozialpartnerschaft einen Unterschied. Zwar ist das Streikrecht ausdrücklich in der Bundesverfassung festgehalten. Doch der Umgang zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmenden ist von Dialog und Verhandlungen geprägt. 2004 gab es, als Ausnahme zur Regel, acht Streiks. Dadurch gingen neun Arbeitstage pro 1000 Arbeitnehmende verloren – im internationalen Vergleich eine äusserst niedrige Zahl. Dieser Arbeitsfriede bewahrt vor volkswirtschaftlichen Verlusten.

Volksrechte und Föderalismus machen einen Unterschied.

Exportartikel Sozialpartnerschaft

Eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Errungenschaft der Schweiz ist die Sozialpartnerschaft. Die Erfahrungen mit dem Arbeitsfrieden seit 1937 stossen nicht zufällig auf internationales Interesse. In der Entwicklungszusammenarbeit finanziert die Schweiz seit 1995 ein Programm im südlichen Afrika, wie Arbeitskonflikte verhütet und gelöst werden können. Das Umfeld ist ursprünglich geprägt von schwachen Organisationen der Arbeitnehmer und -geber, von hoher Arbeitslosigkeit und Armut, von leeren Staatskassen. Das Programm wird von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durchgeführt, die Sozialpartner und Staat an allen Massnahmen aktiv beteiligt. Eine unabhängige Projektprüfung beurteilte 2005 das Programm als sehr erfolgreich und nachhaltig. Südafrika gilt nun seinerseits als Modell für die Nachbarländer. Neu fördert die Schweiz in Südafrika nun auch die Umsetzung von Arbeits- und Sozialnormen auf Unternehmensebene.



		Anpassung Arbeitsgesetz	Einrichtung Streitschlichtungs- mechanismen	Ausbildungs- unterlagen und -kurse
	Angola	(X)		
	Botswana	X	X	X
	Lesotho	X	X	X
	Mosambik	(X)		X
	Namibia	X	X	X
	Südafrika	X	X	X
	Swaziland	X	X	X
	Zimbabwe	X	X	X

(X): Im Parlament hängig

	Umsetzung im Gange oder abgeschlossen (Stand 2005)
	Umsetzung bevorstehend (Stand 2005)

Vertrauen ist gut, Kontrolle auch

Mosambik belegt auf der UNO-Wohlstandsskala Rang Nummer 168 von 177 Staaten. Die Schweiz ist vorn auf Rang 7 zu finden. Nicht zufällig ist Mosambik ein Schwerpunktland der Entwicklungszusammenarbeit. Mehr als das – Mosambik ist ein Laboratorium internationaler Kooperation. Neben der Förderung einzelner Projekte und Programme wie Trinkwasser oder Dorfapotheken, leistet die Schweiz gemeinsam mit anderen Gebern «Budgethilfe» – die reichen Länder unterstützen direkt das Staatsbudget von Mosambik oder anderer Länder wie zum Beispiel von Burkina Faso, Ghana oder Tansania. Der Staat soll in die Lage versetzt werden, seine Kernaufgaben z. B. im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie für die Land- und Privatwirtschaft wirksam wahrzunehmen. 10 Millionen Franken wendet die Schweiz pro Jahr dafür in Mosambik auf. Es ist ein innovatives und chancenreiches Unterfangen, aber auch nicht ohne Risiken. Denn Korruption gehört zum Alltag. Doch Budgethilfe ist kein Blankocheck.





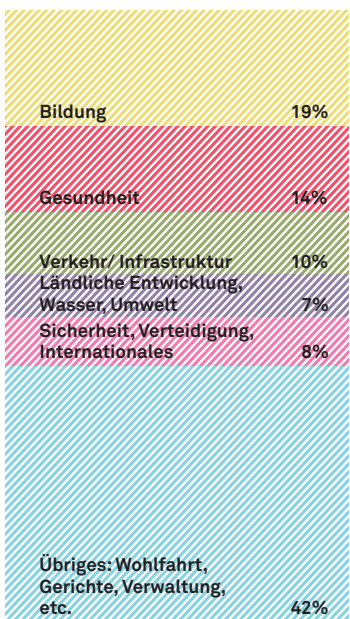
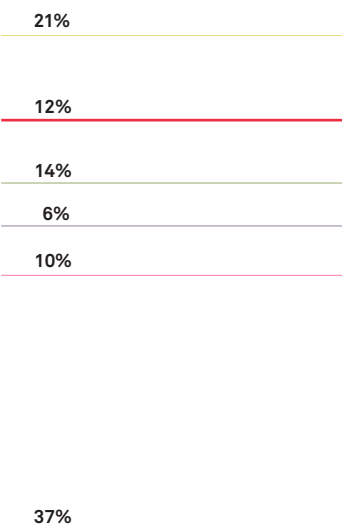
Die Budgethilfe an Mosambik stützt sich auf die Strategie zur Armutsbekämpfung ab, welche die Regierung erstmals 2001 formuliert und 2005 revidiert hat. Danach gibt die Regierung jenen Bereichen Vorrang, die für die Armen besonders wichtig sind: Bildung, Gesundheit inklusive HIV/AIDS, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Infrastruktur wie Trinkwasser, Entsorgung, Strassen. Dazu gehören auch stabile gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, Sicherheit und rechtsstaatliche Institutionen. Rund 720 Millionen Franken wendet der Staat 2004 für diese Prioritätssektoren auf. Das entspricht zwei Dritteln aller Staatsausgaben. 1999 waren es erst 55 Prozent gewesen. Der soziale Fortschritt wird von einem Wirtschaftswachstum genährt, das in Afrika mit durchschnittlich fast acht Prozent pro Jahr seit 1996 seinesgleichen sucht.

Im Falle Mosambiks sticht der markante Rückgang der Armut hervor. Bei einer Untersuchung 1996/97 galten 69 von 100 Personen als extrem arm. 2002/03 waren es noch 54 von 100 Menschen, die sich grundlegende Dinge zum Überleben nicht leisten konnten. Ein schöner Erfolg, doch weshalb genau, bleibt unklar. Auf jeden Fall sind immer noch viel zu viele Menschen arm. Immerhin sind in wesentlich mehr Haushalten als früher zum Beispiel Velos und Radios zu finden – Boten eines keimenden «Wohlstands». Die Entwicklungszusammenarbeit basiert auf Vertrauen, aber auch auf Erfolgskontrollen. Im Rahmen der OECD wurde eine aufwändige, unabhängige Überprüfung in verschiedenen Ländern durchgeführt. Sie hat gezeigt, was Budgethilfe leisten kann und was nicht. Dem Staat steht mehr Geld für Bildung und Gesundheit zur Verfügung. Der Einsatz der öffentlichen Finanzen erfolgt professioneller. Entscheidend wird jedoch die Mobilisierung eigener Einkünfte sein.

Budgethilfe: Der Staat hat mehr Geld für Bildung und Gesundheit.

Staatsausgaben: Vergleich Schweiz – Mosambik

In der Schweiz hat die öffentliche Hand über 18000 Franken pro Person und Jahr zur Verfügung, um grundlegende Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit, etc. zu erbringen. In Mosambik stehen dem Staat 200 Mal weniger, nämlich nur 94 Franken pro Kopf und Jahr zur Verfügung – obschon dessen Aufgabenkatalog mindestens so umfangreich ist. Während sich in der Schweiz der öffentliche Sektor aus Gemeinden (27 Prozent der staatlichen Budgets 2005), Kantonen (41 Prozent) und Bund (32 Prozent) zusammensetzt, liegen in Mosambik die Einnahmen praktisch voll beim Zentralstaat. Jeder sechste Franken stammt aus der Budgethilfe von insgesamt 239 Millionen US-Dollar (2004). Ein Vergleich der Budgets in der Schweiz und von Mosambik:

	Schweiz	Mosambik
Bevölkerung	 7.36 Millionen	 19.41 Millionen
Fläche	 44 000 km²	 801 590 km²
Staatsausgaben total		
Staatsausgaben pro Kopf	18955 Franken	94 Franken

* 2004, Bund, Kantone und Gemeinden

** 2004, laufend und Investition

Die Transfers der Diaspora

Nach den Direktinvestitionen sind die Überweisungen der Emigranten in ihre Heimatländer zur zweit wichtigsten Finanzierungsquelle der Entwicklungsländer geworden, weit bedeutender als die Entwicklungshilfe. Die Schweiz spielt in der Spitzengruppe mit, ist sie doch in der Statistik mit über 9 Milliarden US-Dollar pro Jahr auf Platz 4 (siehe Infografik). Davon geht allerdings ein grosser Teil in die Nachbarländer und in den Balkan. Im Gegensatz zu den Direktinvestitionen sind die Emigranten-Transfers jedoch wenig konjunkturabhängig, mit stark steigender Tendenz. Die Basis dafür bildet die im Gefolge der Globalisierung zunehmende Migration. Zum Beispiel leben 35 Millionen Chinesen und 20 Millionen Inder im Ausland. Diese sind auch zu bedeutenden Investoren in ihren Herkunftsländern geworden. Die Transfers der Zugewanderten («Diaspora») stehen heute auf der Agenda der G-8, nachdem sie in der internationalen Entwicklungsdebatte lange wenig beachtet wurden.

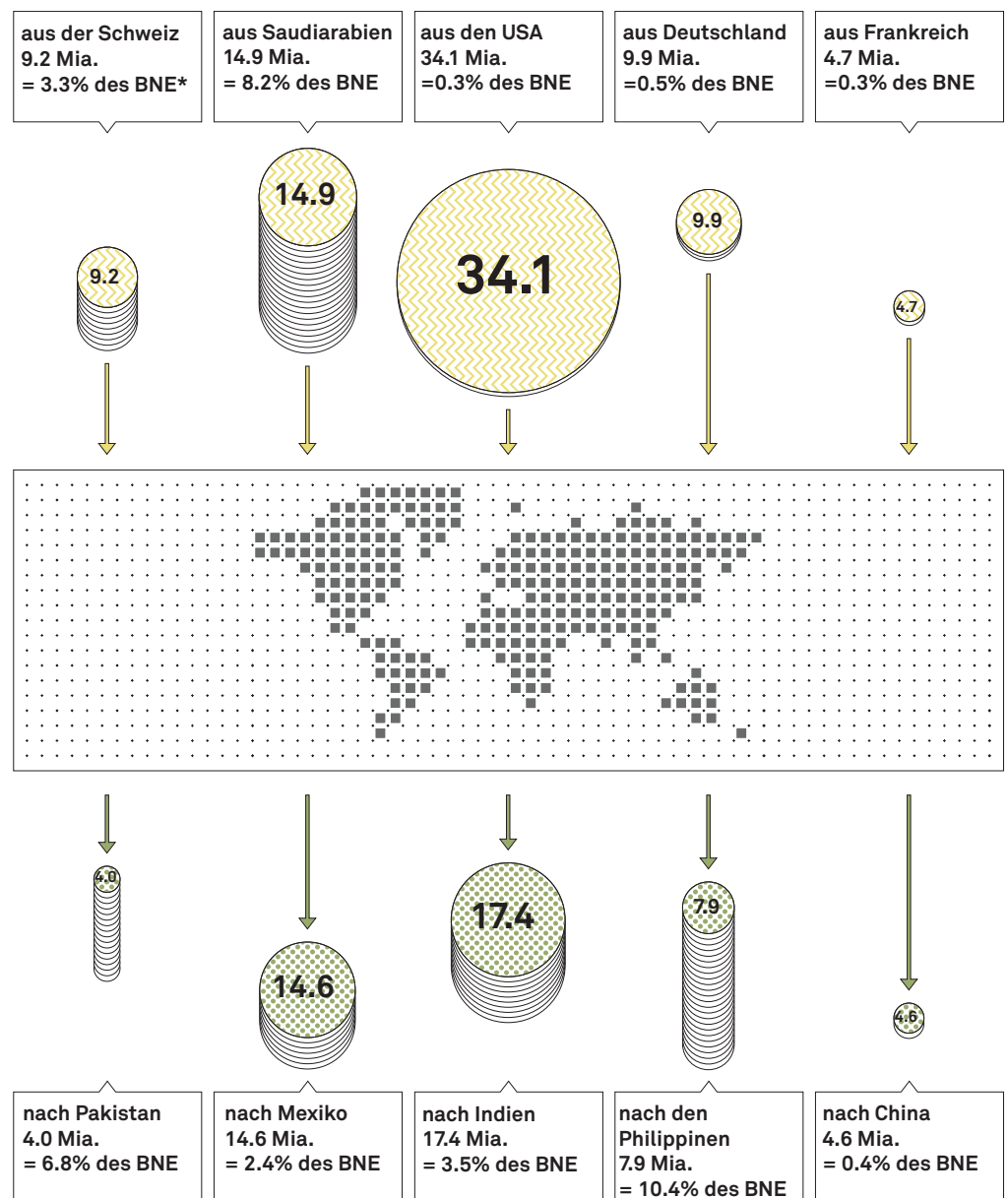
Emigranten-Transfers sind wenig konjunkturabhängig bei steigender Tendenz.

Vertreiben die Gastarbeiter-Überweisungen die Armut? Empfängerhaushalte werden oft von Frauen geführt, welche das Geld vor allem für die Familie, also Ernährung, Bildung, Gesundheit ausgeben. In zweiter Linie folgen Investitionen in Land, Haus und Vieh sowie im eigenen Kleingewerbe. Neben den Transfers an die zurückgebliebenen Familien werden zudem Überweisungen an gemeinnützige Vereinigungen getätigt. Auch der volkswirtschaftliche Nutzen ist nicht zu vernachlässigen. Bei kleineren Staaten wie Haiti, Lesotho, Jordanien, Jamaika, Nepal, Albanien, Honduras und Jemen übersteigen die Transfers 10 Prozent des Volkseinkommens bei weitem. Die Überweisungen stützen die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Sie fördern das Sparen und bringen Devisen. Andererseits können die Überweisungen Landpreise hochtreiben, die Ungleichheit verstärken und in unerwünschte Abhängigkeit führen. Aus entwicklungspolitischer Sicht gilt es, jene Wirkungen zu optimieren, welche die Armut reduzieren und Entwicklung fördern.

Western Union ist Weltmarktführer mit über 200 000 Zahlstellen rund um den Globus. Oft werden auch informelle Kanäle für Transfers gewählt. Die Grossbanken sehen Rücküberweisungen in Entwicklungsländer (noch) nicht als attraktives Geschäftsfeld. Um kriminellem Missbrauch und Geldwäscherei vorzubeugen, müssen die Kunden sich ausweisen und bei Beträgen über 5000 Franken angeben, woher das Geld stammt und weshalb die Transaktion erfolgt. Die Kosten der Transfers sind oft enorm hoch, insbesondere für Kleinbeträge. Eine britische Studie ergab Unkosten zwischen 2,5 und 40 Prozent der Überweisung. Die Transfergebühren sind abhängig vom Weg, Volumen und Land. Es ist auch ein entwicklungspolitisches Anliegen, die Transfers zu erleichtern und deren Kosten zu verringern.

Überweisungen als Finanzierungsquelle

Von über sechs Milliarden Menschen leben knapp 200 Millionen ausserhalb ihres Heimatlandes. Nach neuesten Schätzungen haben Emigranten 232 Milliarden US-Dollar in ihre Heimatländer überwiesen. Davon flossen 167 Milliarden USD (2005) in Entwicklungsländer. Diese übertreffen die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe um das Doppelte. Dazu kommt eine Dunkelziffer informeller Transfers in gleicher Grössenordnung. Die «Top 5» der Herkunfts- und der Empfängerländer von Migranten-Überweisungen (2003, in USD):



* Bruttonationaleinkommen (BNE)

Quellen: World Bank, *Global Economic Prospects 2006*, Washington 2006; World Bank, *Remittances*, Washington 2005; Global Commission on International Migration, *Report 2005*; Pearce Douglas, *Rücküberweisungen*, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik* 16/2004; Ramirez Carlota, Dominguez Mar Garcia, Morais Julia Miguez, *Crossing Borders: Remittances, Gender and Development*, instraw, June 2005; Cash 14.7.2005; OECD

Verdoppelung der Hilfe, Halbierung der Armut

Die Staatengemeinschaft hat sich in der UNO mit den Millennium-Entwicklungszielen dazu verpflichtet, bis 2015 die extreme Armut um die Hälfte zu reduzieren. Die Entwicklungsländer sind gefordert: Sie müssen ihre Eigenanstrengungen in der Armutsbekämpfung verstärken. Aber auch die wohlhabenden Länder sind in der Pflicht, wenn dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden soll. Eine Entwicklungsrunde im Welthandel steht vor der Tür, und über die heutige Entwicklungshilfe hinaus sind neue finanzielle Mittel in der Grössenordnung von 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr erforderlich. Es braucht eine Verdoppelung der Hilfe zur Halbierung der Armut. Die Europäische Union hat beschlossen, ihre Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren massiv zu steigern. Gleichzeitig sollen neue Quellen der Entwicklungsfinanzierung mobilisiert werden.

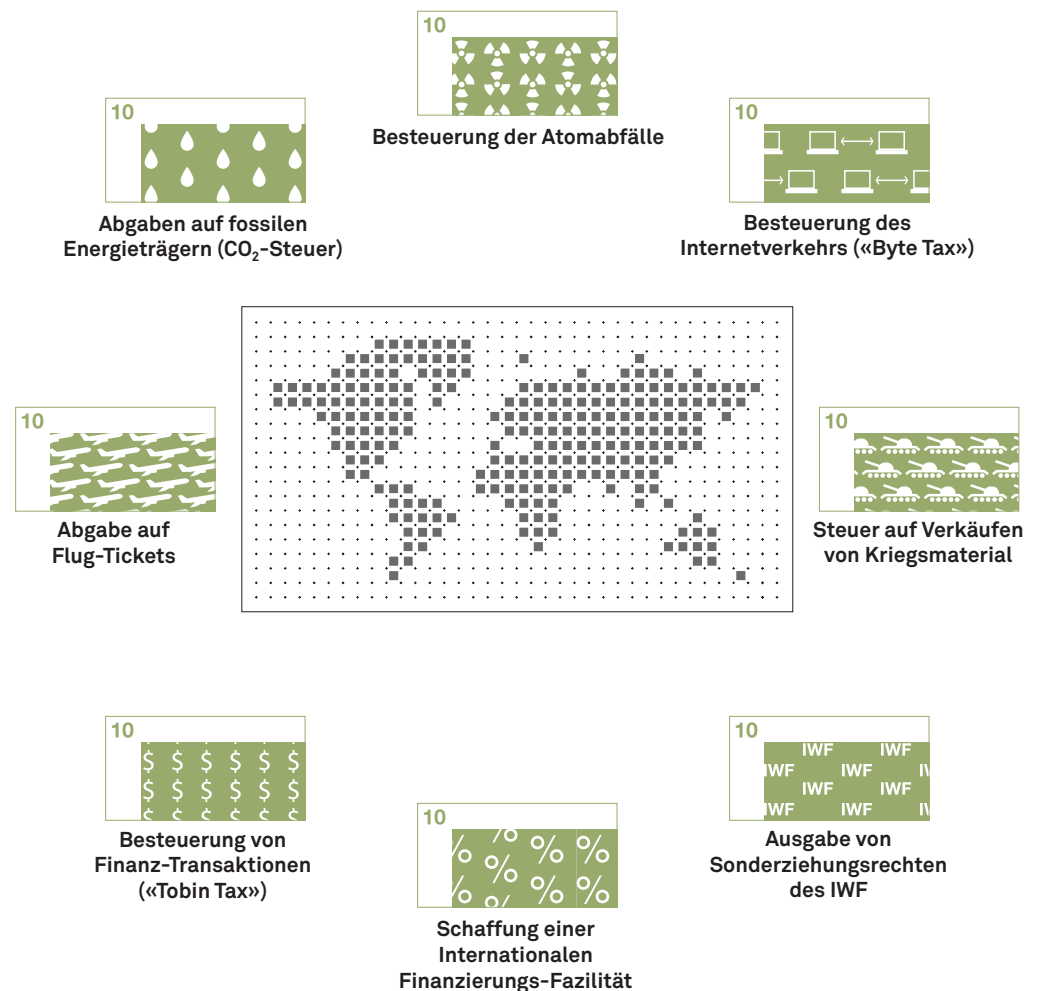
Als innovative Instrumente der Entwicklungsfinanzierung werden z. B. diskutiert Abgaben auf internationalen Finanztransaktionen («Tobin-Tax»), der Informationsgesellschaft («Byte-Tax»), fossilen Energieträgern (CO₂-Steuer), Flugtickets, und dem internationalen Waffenhandel (siehe Grafik). Die verschiedenen Möglichkeiten unterscheiden sich stark bezüglich der politischen Akzeptanz, der technischen Komplexität, und ihres finanziellen Potenzials. Um Wettbewerbsnachteile und Schwarzfahren zu verhindern, ist eine möglichst universelle Einführung gesucht. Die Mobilisierung neuer Ressourcen bedingt, dass deren Einsatz wirksam und effizient erfolgt. Eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordination unter den Gebern sowie eine Orientierung an Entwicklungs-Erfolgen schaffen einen geeigneten Rahmen.

Die Schweiz ist skeptisch. Eine Beteiligung an neuen, globalen Steuern lehnt der Bundesrat ab. Doch ist er bereit, fallweise Vorschläge zu prüfen. Eine konkrete Handlungsmöglichkeit bietet die Initiative Frankreichs, ab 1. Juli 2006 einen Solidaritätsbeitrag auf Flugtickets zu erheben. Die Vision: Wer ein Flugzeug besteigt, soll auf seinem Flugschein einen Aufschlag zahlen, der nach Strecke (Inland, Europa, interkontinental) und Klasse (Economy, Business/First) abgestuft ist. Eine solche Abgabe wäre auch in die Umweltpolitik, welche die Schweiz im Luftverkehr verfolgt, eingebettet, und bringt eine «doppelte Dividende» für Entwicklung und Umwelt. Sie kann im Alleingang eingeführt werden, ist technisch kein Problem, wirkt wirtschaftlich nicht diskriminierend, und ist politisch machbar. Elf Staaten – darunter Brasilien, Chile, und Norwegen – wollen dem Beispiel Frankreichs folgen und ebenfalls Abgaben auf Flugscheinen erheben. Der Ertrag ist für den Kampf gegen Krankheiten wie HIV/AIDS zweckbestimmt. Die «Taxe Chirac» kann allerdings nicht mehr als ein erster Schritt zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel für die Armutsbekämpfung sein.

Die Halbierung der Armut bis 2015 ist auch eine finanzielle Frage.

Neue Quellen der Entwicklungsfinanzierung?

Kein Zweifel: Mehr Geld bewirkt nicht automatisch Entwicklung. Allerdings reichen allein verstärkte Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer und ein effizienterer Einsatz der internationalen Hilfe nicht aus, um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Es braucht auch eine konsequente Entwicklungspolitik des Nordens. Und es braucht zusätzlich 50 Milliarden US-Dollar jährlich für die Entwicklungsfinanzierung. Als neue Quellen der Entwicklungsfinanzierung sind international insbesondere in Diskussion:



Gastgeber Schweiz

Ausländische Touristen zu beherbergen, ist ein traditioneller Pfeiler der schweizerischen Volkswirtschaft. Darüber hinaus bietet die Schweiz auch internationalen Organisationen Gastrecht, z. B. dem Internationalen Olympischen Komitee (IOK) in Lausanne oder dem Weltfußball-Verband (FIFA) in Zürich. Mit der Welthandelsorganisation (WTO) ist eine Schaltstelle der Weltwirtschaft in der Rhonestadt angesiedelt. Der Hauptsitz der UNO befindet sich in New York, politische Entscheide werden dort getroffen. Doch Denkort der UNO zu Gesundheit und Sozialem, zu Wirtschaft und Technik, zu humanitären und Umweltfragen ist vor allem Genf. 30 internationale Organisationen, 217 diplomatische Vertretungen, darunter 154 Staaten aus allen Kontinenten, und über 170 Nichtregierungsorganisationen sind in Genf präsent. Im Jahr 2003 war Genf Gastgeber von 2492 Konferenzen. So ist Genf bei weitem die internationalste Stadt der Schweiz – eine Inkarnation multilateraler Zusammenarbeit. Von den 185 000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Genf stammen über 82 000 (45 Prozent) aus dem Ausland – aus mehr als 180 verschiedenen Ländern.

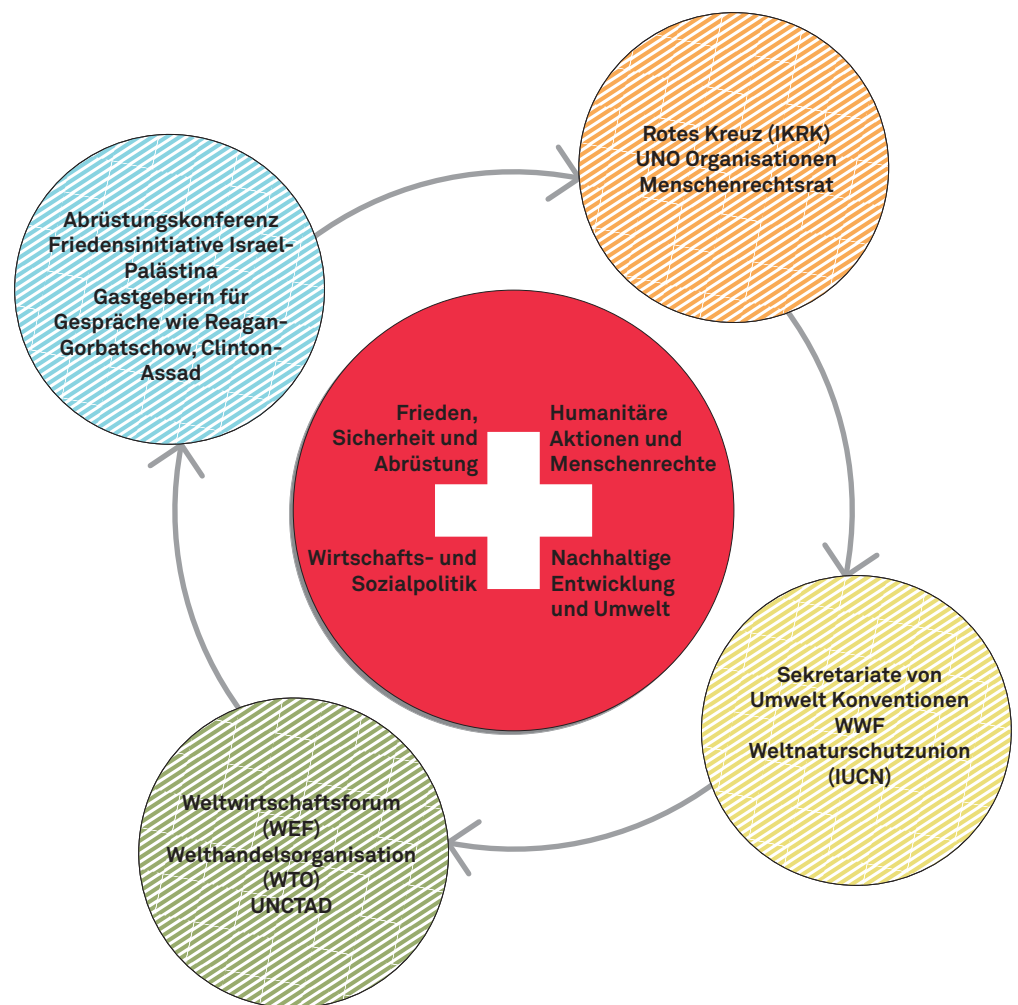
Diese Weltoffenheit hat Tradition. Schon im 16. und 17. Jahrhundert war Genf zum Zufluchtsort für verfolgte Protestanten geworden. Danach festigte Genf seinen Ruf als internationaler Finanzplatz. 1815 wurde Genf Kanton der Schweiz. Die Wiege der Rotkreuz-Bewegung ist ebenfalls in der Stadt (1863). 1919 liess sich in Genf der Völkerbund nieder. Das ebnete nach dem Zweiten Weltkrieg der Ansiedlung der UNO den Weg. Heute steht der Standort Genf allerdings in harter Konkurrenz mit anderen Städten. Um den Sitz der WTO mussten Genf und die Schweiz 1995 kämpfen und u. a. der WTO für über 100 Millionen Franken Liegenschaften schenken. Nicht immer konnte sich Genf durchsetzen: Beim Sekretariat der Biodiversitäts-Konvention fiel die Wahl auf Montreal (Kanada), bei der Klimakonvention und der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung auf Bonn (Deutschland).

Durch die Präsenz der internationalen Organisationen entsteht eine Wertschöpfung von rund 5 Milliarden Franken pro Jahr. Ihr Anteil entspricht jenem der Banken und Versicherungen oder des Gesundheitswesens. Rund 24 000 Personen werden im internationalen Sektor beschäftigt. Deren Nachfrage schafft indirekt nochmals 14 000 Arbeitsplätze. Etwa 7 Prozent des kantonalen Volkseinkommens sind auf die internationalen Organisationen zurückzuführen. Doch das globale Umfeld ändert sich – die laufende Reform der UNO zeugt davon. Die Schweiz muss in ihre Gastgeber-Rolle investieren, um auch in Zukunft massgeschneiderte Dienstleistungen liefern zu können. Sie ist bereit dazu. Ein Zeichen dafür ist das Gastgeber-Gesetz von 2005, das Genf mit einem externen Beirat neue Perspektiven eröffnen und die Sicherheit gewährleisten soll.

Als Gastgeber steht Genf in harter Konkurrenz mit anderen Städten.

Genf: Denkplatz und Drehscheibe

Der Beitrag der Schweiz zur globalen Entwicklung geht weit über Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit hinaus. Traditionell stellt die Schweiz ihre guten Dienste der Weltgemeinschaft zur Verfügung. Kristallisationspunkt dafür ist Genf, wo der Sitz vieler staatlicher und privater internationaler Organisationen liegt und zahllose Konferenzen stattfinden. Vier Kompetenz-Bereiche von strategischer Bedeutung oder «domaines d'excellence» (Blaise Godet) von Genf als Denkplatz und Drehscheibe können unterschieden werden:



Quellen: Godet Blaise, *L'avenir de la Genève internationale*, Genf 21. April 2005;
http://www.eda.admin.ch/geneva_miss/f/home/news/conf/disrp/disrp05.ContentPar.0012.UpFile.tmp/xy_yymmdd_0123456789_L.pdf;
Übersicht: Mission permanente de la Suisse, *La Genève internationale en quelques chiffres*, Novembre 2005;
http://www.eda.admin.ch/geneva_miss/e/home/instit.html; *Les organisations internationales à Genève et en Suisse*:
ftp://ftp.geneve.ch/statistique/publication/donnees_stat/2005/dg-ds-2005-03.pdf



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**